

Herbert Hörz

## **Die Wissenschaftsakademie der DDR zwischen wissenschaftlicher Autonomie und gesellschaftlichen Forderungen.<sup>1</sup>**

### **1. Einführung: Erfahrungen und theoretische Überlegungen**

Eine Wissenschaftsakademie als Institutionstyp ist eine Vereinigung hervorragender Gelehrter, die das Wissen einer Zeit repräsentieren. Als eine mögliche Form der durch gesellschaftliche Forderungen bedingten Institutionalisierung der Forschung existierte die Wissenschaftsakademie in der DDR (AdW). Sie vollzog von 1945 bis 1990 wesentliche inhaltliche und strukturelle Wandlungen, die zur Transformation der Gelehrtensozietät, konzipiert als wissenschaftlich autonome Einrichtung, zu einem Wissenschaftskombinat mit Staatsaufgaben führte. Das zeigen die umfangreichen Publikationen zur Geschichte der AdW mit wissenschaftshistorischen Untersuchungen, Zeitzeugenberichten und differenzierten Analysen zu bestimmten Aspekten und Forschungsrichtungen. Auch eine Geschichte der AdW in Symbolen existiert. In mühevoller Kleinarbeit hat Heinz Heikenroth eine Darstellung aller Auszeichnungen erarbeitet, die von der AdW, einschließlich der zugeordneten Wissenschaftlichen Gesellschaften von 1946 - 2006 vergeben wurden. (Heikenroth 2006) Das umfangreiche Material ist eine gute Grundlage für Antworten auf Fragen zu dieser Art der Forschungsorganisation aus der Sicht eines Insiders, der das akademische Leben aus unterschiedlicher Perspektive kennenlernte.

Als Angehöriger der Humboldt-Universität (HUB) hatte ich einen kritischen Blick auf die AdW, da sie als Abstellplatz für die erschien, die für die Lehre ungeeignet waren. Als Dekan der Philosophischen Fakultät schätzte ich die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AdW, die an der HUB tätig waren. Als Wissenschaftsphilosophen an dem 1959 an der HUB gegründeten Lehrstuhl „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften“ unterhielten wir vielfältige Kontakte zu Akademiemitgliedern aus anderen Disziplinen, die als Betreuer unserer Aspiranten, Vortragende auf Konferenzen und Gesprächspartner für unsere Arbeit wichtig waren. Erwähnt seien u.a. der Physiker Hans-Jürgen Treder, der Psychologe Friedhart Klix, der Mediziner Samuel Mitja Rapoport. In der Sektion Philosophie an der AdW koordinierte ich auf Vorschlag von Georg Klaus die Forschungen in der DDR zur Wissenschaftsphilosophie, fortgesetzt dann in dem von mir geleiteten Problemrat „Philosophie-Wissenschaften“, der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der Sozialistischen Einheitspartei (SED) Teil des Rats für Philosophie war und Forschungen zu philosophischen Fragen der Wissenschaftsentwicklung an der AdW und den Einrichtungen der Ministerien für das Hoch- und Fachschulwesen und der Volksbildung kritisch begleitete. (Problemrat) Seit 1972 arbeitete ich dann in der AdW als Bereichsleiter, stellvertretender Institutsdirektor für Forschung, Akademiemitglied und Klassenvorsitzender, ehrenamtlicher Vorsitzender der Gewerkschaft Wissenschaft an der AdW und von 1989 bis 1992 als Vizepräsident für Plenum und Klassen. Für den von mir als Forschungsgruppe konzipierten Bereich „Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung“ am Philosophischen Institut der AdW gab es keine inhaltlichen Vorgaben und die personelle Gestaltung war mir im Rahmen der Stellenpläne überlassen. Selbstverständlich war dann vor entsprechenden Gremien die Forschungskonzeption zu begründen. So erlebte ich die AdW als eine Einrichtung wissenschaftlicher Autonomie auf meinem Fachgebiet. Wir führten regelmäßig Bereichskolloquien mit Gästen aus dem In- und Ausland durch, auf denen hervorragende Spezialisten zu neuen Forschungsergebnissen sprachen. Ich leitete ein philosophisch-methodologisches Seminar an der AdW, an dem leitende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschungsbereichen teilnahmen, um über philosophische Aspekte ihrer Forschungen zu diskutieren. Solche

---

<sup>1</sup> Vortrag auf der Jahrestagung 2011 „Akademische und außerakademische Forschung in Deutschland“ der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof am 20.10.2011

Seminare gab es dann ebenfalls in den entsprechenden Forschungsbereichen, für die Mitarbeiter unseres Bereichs als Sekretäre wirkten. Durch Auswertung dieser Debatten erhielten wir einen guten Überblick über die Fragen der Spezialisten an die Philosophie. Ich konnte also Erfahrungen in verschiedener Hinsicht sammeln, als Mitarbeiter der AdW, Vortragender, Inhaber von Ämtern und Gewerkschaftsfunktionär, der sich mit täglichen Sorgen und Nöte der an der AdW Tätigen auseinanderzusetzen hatte. Als Initiator, Mitglied und Präsident der Leibniz-Sozietät, der Fortsetzerin der Gelehrtensozietät der AdW, war ich dann an dem Reformprozess beteiligt, der von der Staatsakademie zur einer wissenschaftlich autonomen internationalen Vereinigung interdisziplinär wirkender Gelehrter führte. (Hörz 2005) Mit dem Rückblick auf die AdW soll deshalb am Schluss auch ein Ausblick auf die Rolle einer Akademie in der Zukunft gewagt werden.

Zwei Aspekte unseres Themas sind zu beachten: Einerseits kann man als akademische Forschung das bezeichnen, was in der Institution Akademie an wissenschaftlicher Arbeit durchgeführt wurde und außerakademische Forschung an nicht-akademischen Einrichtungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft dagegen setzen. Das vereinfacht dann die Problematik, wenn eine klare institutionelle Trennung vorliegt, wie das etwa mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Fall war, ein Modell, das die Bundesrepublik Deutschland (BRD) prinzipiell übernahm. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ging einen anderen Weg. Sie institutionalisierte mit der AdW eine Forschungsakademie in der Einheit von Gelehrtensozietät und Institutsverbund. In diesem Fall könnte man andererseits akademische Forschung mit Erkenntnisorientierung bei wissenschaftlicher Autonomie an wissenschaftlichen Einrichtungen von außerakademischer mit Produktorientierung, entsprechend den wirtschaftlichen und politischen Forderungen auf der Grundlage materieller Förderung, unterscheiden. Entsprechend der Einrichtung ist von vorwiegender Orientierung auf Erkenntnis oder Produkte zu sprechen. Die AdW hatte mit beiden Aspekten zu tun. Sie war eine Forschungsakademie, die auch Industrieforschung betrieb, kurzfristige Aufgaben für die Wirtschaft zu lösen hatte, selbst Betriebe übernahm, Geräte herstellte und in Akademie-Industrie-Komplexen (AIK) Forschungen bis zur Produktentwicklung und deren industrieller Verwertung durchführte.

Das führt zu der Frage: Gibt es in der Zukunft die Möglichkeit, beide Aspekte der Forschung institutionell miteinander zu verbinden? Man könnte die AdW als eine mögliche Form der durch die gesellschaftlichen Forderungen bedingten Institutionalisierung problemorientierter Forschung mit Beziehungen von akademischer erkenntnisorientierter und außerakademischer produktorientierter wissenschaftlicher Tätigkeit sehen, denn sie war der Versuch, Grundlagen- und angewandte Forschung im Interesse des gesellschaftlichen Nutzens strukturell in einer Einrichtung miteinander zu verbinden. Dabei ist zwischen DDR-spezifischen Forderungen und generellen Herausforderungen an eine Wissenschaftsakademie ebenso zu unterscheiden, wie zwischen den die Autonomie fördernden Bedingungen und sie einschränkenden Restriktionen durch gesellschaftliche Forderungen. Wie sah es mit dieser komplizierten Verflechtung in der Entwicklung der AdW von 1945 – 1990 aus?

## **2. Von der Preußischen zur Wissenschaftsakademie der DDR**

Die Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Herrschaft im Mai 1945 brachte das Ende des schrecklichen 2. Weltkriegs. Der Akademiehistoriker Conrad Grau verweist auf die „faktische Zerstörung der gesamten Infrastruktur des Landes und das alles überlagernde Ringen um die bloße Existenz“ und betont: „Jede Aktivität, seien es erste Schritte zum Aufbau der Verwaltung, Bemühungen um die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten oder Sorgen um geistige Güter, war an die Initiative Einzelner gebunden, deren Verantwortungsbewußtsein in vielen Fällen bewirkte, daß noch vor der Einrichtung der Besatzungsverwaltung, erste Schritte zur Sicherung des Überlebens getan wurden.“ Durch Quellen sei nachgewiesen, dass nach dem Ende der Kampfhandlungen Wissenschaftler sich

sofort um die Weiterführung ihrer Einrichtungen kümmerten. Das gelte auch für die Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Mitglieder der Preußischen Akademie kamen im Juni 1945 zusammen, um über die weitere Arbeit zu sprechen. Durch wissenschaftshistorische Arbeiten und wissenschaftspolitische Handlungen belegt, so Grau, sei „die institutionelle Kontinuität zwischen der Deutschen und der Preußischen Akademie“ unbestritten. (Grau, S. 249)

Nach der bedingungslosen Kapitulation vor den Alliierten wurde Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Preußen existierte de facto nicht mehr. Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 27.02.1947 stellte fest, dass der Staat Preußen, seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland, in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört habe. Das war die Grundlage dafür, mit der „Führerakademie“ zu brechen und an Leibnizschen Ideen zur Akademie unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen anzuknüpfen. So ging nach 1945 aus der Preußischen die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW) hervor, die unter der alleinigen Zuständigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht stand. Eine Akademie unter Viermächtezuständigkeit wiederzueröffnen, scheiterte, wie die wissenschaftshistorischen Untersuchungen zeigen, an der Haltung der Westmächte als Liquidatoren. Sie nahmen jedoch an der feierlichen Eröffnungsveranstaltung der DAW teil, billigten also diese Entwicklung. (Nötzold) Am 7.10.1972, dem Tag der Republik, wurde dann die DAW in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt. Im Abriss zur Genese und Transformation der Berliner Wissenschaftsakademie (AdW) schildert Werner Scheler den komplizierten Prozess, in dem sie sich zur Forschungsakademie als Großforschungseinrichtung mit staatlichen Vorgaben und Koordinierungsfunktion in der Einheit von Gelehrtengesellschaft und Institutsverbund entwickelte. (Scheler)

Wie steht es nun mit der Traditions- und Rechtsnachfolge der PAW? Dazu gibt es sowohl zur Zeit der Existenz der DDR, als auch nach der Wiedervereinigung unterschiedliche Antworten. Wie Grau feststellte, war die Kontinuität zwischen PAW und AdW eigentlich unbestritten. Doch das war nur die eine Seite. Nach der Spaltung Berlins nutzte der von Otto Suhr geleitete SPD-CDU-Senat das in seinem Zuständigkeitsbereich vorhandene kleine Vermögen der ehemaligen PAW, um für den juristischen Fortbestand der PAW am 14. Juni 1955 den Charlottenburger Rechtsanwalt Prof. Dr. Werner Küster zum „Notvertreter“ für die PAW zu bestellen. Eine Akademie sollte ohne Mitglieder weiterbestehen. Diese historische Farce diente dann Senator Manfred Erhardt 1992 dazu, mit einer Verordnung die „mitgliederlose“ Akademie wieder ins Leben zu rufen. Die Berlin-Brandenburgische sollte die Fortsetzerin der Preußischen Akademie sein, mit der Albert Einstein, nach ihrer Einordnung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem, nichts mehr zu tun haben wollte. Man übernahm zwar von der AdW Archiv, Kustodie und die Langzeitvorhaben, sowie das Vermögen, grenzte sie jedoch aus der Akademiegeschichte aus. Der Anspruch gewählter Mitglieder der AdW aus dem In- und Ausland auf Übernahme wurde ignoriert. Der Berliner Senat konstituierte eine neue Akademie, ohne die AdW durch Gesetz aufzulösen. Er nahm ihr alle Mittel, um die wissenschaftliche Arbeit weiter zu betreiben. Wirklich ein einmaliger und historisch kurioser Vorgang! Hatte er die Hoffnung, dass sich die Mitglieder dem politischen Druck einfach fügen, so sah er sich getäuscht, denn von 1992 bis 1993 wirkten wir als „Mitglieder und Freunde der Leibniz-Akademie“ weiter und gründeten dann die Leibniz-Sozietät.

Solange die DDR existierte, war man sich unter Historikern und Politikern trotzdem einig, dass sich die AdW in der Traditions- und Rechtsnachfolge der PAW befindet. Das zeigen die Gespräche zwischen der AdW und der in Vorbereitung befindlichen Wissenschaftsakademie in West-Berlin. Sie fanden mit Billigung des Politbüros der SED und der Regierung der DDR von Herbst 1984 bis Frühjahr 1990 statt und waren, wie Laitko bemerkt, „ein historisches Novum in der Geschichte der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen. ... Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR behielt über die von ihm in der AdW(O) installierte Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle (HAAK) die Vorgänge detailliert im Blick ... die

Akten enthalten allerdings keinerlei Hinweise auf etwaige Einflussnahmen dieser Abteilung auf die in Rede stehenden Handlungen der Akademieleitung.“ (Laitko, S. 1)

Der verantwortliche Westberliner Senator seit 1981, der Jurist Wilhelm A. Kewenig, legte im Mai 1984 für Westberlin eine „Gedankenskizze zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin“ vor, in der betont ist, dass die Gründungsidee an die bedeutende Berliner Akademiemitradition anknüpfe, „ohne der Frage irgendeine Bedeutung beizumessen, ob es sich nun bei der Neugründung um einen Rechtsnachfolger der alten Preußischen Akademie handelt oder nicht, da die Qualität der eigenen Arbeit und nicht eine mehr oder minder große Tradition über das Ansehen und die Wirkung einer Institution entscheidet...“.

Laitko stellt fest: „Die CDU in Westberlin musste über ihren eigenen Schatten springen, damit ein dieser Partei angehörender Senator einen solchen Gedanken formulieren konnte. Es war aber genau der Punkt, der mit größter Wahrscheinlichkeit sicherstellte, dass die DDR auf publizistisches oder diplomatisches Störfeuer gegen die Akademiegründung verzichten würde.“ (Laitko, S. 3)

In Verhandlungen mit dem seit 1986 amtierenden Senator George Turner betonten der Präsident der AdW Werner Scheler und ihr Generalsekretär Claus Grote, dass die AdW Rechtsnachfolgerin der PAW sei und sie Anspruch auf deren in Berlin (West) befindliche Vermögenswerte erhebe. Die Tätigkeit des ‚Notvertreters‘ behindere die mögliche Zusammenarbeit. Senator Turner erklärte: „Er sei bereit, die diesbezüglichen Sachverhalte zu prüfen und sich in Abhängigkeit vom Prüfungsergebnis im Rahmen des Möglichen um die Ausräumung dieses Problems zu bemühen.“ (Laitko, S. 11)

Helmut Meier, Leiter des Wissenschaftlichen Stabes der AdW (W), der mit mir und Clemens Burrichter (BRD) dem von Johann Götschl (Österreich) geleiteten Vorbereitungscommittee für die Tagungen von Wissenschaftlern aus Ost und West in Deutschlandsberg (Österreich) angehörte, machte mir gegenüber manchmal Bemerkungen über die komplizierten Verhandlungen, ohne in Details zu gehen, bestritt jedoch nicht die AdW als Nachfolgerin der PAW. In einer Gesprächsnotiz für die AdW heißt es zum Problem: „Nach Rechtsauffassung der Alliierten existiere Preußen nicht mehr und weder die BRD, noch die DDR noch Westberlin seien Rechtsnachfolger Preußens, so dass das Vermögen gewissermaßen in der Luft hänge und eben durch die Fiktion ‚Notvertreter‘ verwaltet würde. Mit der Westberliner Akademie der Wissenschaften habe diese Frage – nach Auffassung Prof. Meiers bzw. Senator Turners – nichts zu tun, da sie sich nicht als Rechtsnachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissenschaften verstehe.“ (Laitko, S. 12)

Diese Position wurde nach der Wiedervereinigung aufgegeben. Es kam zum Bruch des Einigungsvertrags zwischen BRD und DDR, der das Fortführungsgebot für die Gelehrtensozietät der AdW enthielt. (Klinkmann, Wöltge) Die BBAW wurde begründet. Laitko bemerkt: „Das Ergebnis lehrt nun, dass die PAW nicht etwa dort fortlebte, wo ihre Mitglieder unter dem von ihnen gewählten Präsidenten Stroux wissenschaftliche Arbeit geleistet und ihren Bestand, wie es in Akademien üblich ist, durch Zuwahlen kontinuierlich ergänzt haben, sondern vielmehr fern von der Arena wissenschaftlicher Debatten in einer Anwaltskanzlei in Charlottenburg. Unter den Wundern, an denen es im deutschen Vereinigungsprozess nicht mangelt, ist dies gewiss nicht das kleinste.“ (Laitko, S. 33)

Die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften betont berechtigt, 1700 als Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften begründet worden zu sein und verweist auf die für eine Akademie entscheidende Mitgliedernachfolge. Die Kontinuität der Akademiearbeit von der Leibniz-Akademie bis zur Leibniz-Sozietät ist ausführlich an anderer Stelle begründet. (Hörz 2000) Im Brief des Ehrenpräsidenten und Präsidenten vom 9.12.1999 an den Vorsitzenden der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften Clemens Zintzen wurde betont, dass die BBAW eine Neugründung aus dem Jahre 1992 sei. „Es besteht keine sachliche und personelle Kontinuität zur Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. der Deutschen Akademie der Wissenschaften und der dieser vorangehenden Preußischen Akademie. ... Die Bezeichnung der BBAW als vormalige Preußische Akademie ist eine Fiktion.“ In der Antwort vom 13.1.2000

bemerkte Herr Zintzen: „Die Rechtsnachfolge der Preußischen Akademie stellt eine Frage mit vielen rechtlichen Aspekten dar, die zwischen ihnen und der BBAW zu verhandeln ist. Die Union hat sich auch Anfang der 1990er Jahre nicht in diese Diskussion eingeschaltet.“

Samuel Mitja Rapoport, Ehrenpräsident der Leibniz-Sozietät, bemerkte in der Debatte um die Entwicklung der AdW an der BBAW: „Die Berlin-Brandenburgische Akademie täte sehr gut daran, mit der Leibniz-Sozietät offen und offiziell zu kooperieren.“ (Kocka, S. 336) Schritte in dieser Richtung sind gegangen worden. Es gab Erfolge und manches erwies sich leider als Sackgasse.

### **3. Bewertungen und Probleme**

Verschiedene Urteile über die Entwicklung der AdW machen die Problematik deutlich, um die es gehen soll: das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Autonomie und gesellschaftlichen Herausforderungen. Wird durch gesellschaftliche Forderungen die wissenschaftliche Autonomie der Akademie eingeschränkt? Autonomie der Wissenschaft ist Selbstbestimmung, bezogen auf Inhalt, Methodik und Programmatik wissenschaftlicher Forschung und Lehre, Selbstgestaltung, bezogen auf die Effektivität der Organisation und ihre Strukturierung, und Selbstverwaltung, bezogen auf die personellen, finanziellen, ideellen (Software) und materiellen Ressourcen (Gebäude, Geräte) wissenschaftlicher Einrichtungen im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht. Dabei hatte die Autonomie der AdW als Institution Auswirkungen auf die Autonomie der Forschungsbereiche, Institute, Bereiche, Gruppen und Individuen. Gesellschaftliche Forderungen wurden durch politische Beschlüsse, staatliche Verordnungen, Bereitstellung von Ressourcen und Finanzen, Pläne und interne Absprachen an die AdW gestellt, doch auch durch Kooperationsvereinbarungen und Eigeninitiative als Aufgaben übernommen. Die AdW stellte sich den Herausforderungen, in politische Vorgaben gekleidet, die sie jedoch selbst mit erarbeitete. Das ist vor allem an den Prozessen zur Planung zu zeigen.

Wie spiegelt sich das Verhältnis von Autonomie und Vorgaben in Bewertungen wider? 1975 erschien von Werner Hartkopf, der sich um die Geschichte der AdW verdient gemacht hat, eine Darstellung ihrer Entwicklung. In der Vorbemerkung heißt es: „Die Akademie der Wissenschaften der DDR, die im Jahre 1975 den 275. Jahrestag ihrer Gründung begeht, ist heute ein bedeutendes Zentrum der Wissenschaft und Forschung der Deutschen Demokratischen Republik und nimmt als geachtete Institution einen würdigen Platz in der sozialistischen Gesellschaft unseres Landes ein.“ (Hartkopf, S. 9) Weiter stellt der Autor fest: Sie „hatte den ihr bei ihrer Wiedereröffnung erteilten gesellschaftlichen Auftrag, für das Wohl des Volkes zu wirken, zunehmend verwirklicht und sich im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik selbst verändert und entwickelt.“ (Hartkopf, S. 194) Für das Wohl des Volkes zu wirken heißt jedoch, gesellschaftlichen Anforderungen zu entsprechen. Es wäre also zu fragen, ob dabei die Autonomie verloren ging.

Werner Scheler bestimmt wesentliche Aspekte im Transformationsprozess der AdW, auf die hier nur kurz hingewiesen werden soll. Sie zeigen die wachsende Rolle der AdW als zentraler Forschungseinrichtung der DDR mit internationalen Kontakten. So fand im Sinne der traditionellen Gelehrten-gesellschaft das wissenschaftliche Leben in Plenum und Klassen kontinuierlich statt, ergänzt durch Kolloquien und Seminare an den Instituten, durch nationale und internationale wissenschaftliche Tagungen und populärwissenschaftliche Arbeit. Die AdW leistete über Gelehrten-gesellschaft und Institutsgemeinschaft eine umfangreiche Beratungstätigkeit für die Gesellschaft. Planung, Koordinierung und Durchführung von Grundlagen- und angewandter Forschung in Kooperation mit allen Bereichen der Gesellschaft nach einer abgestimmten Wissenschaftsstrategie wurde zu einer wesentlichen Säule akademischer Arbeit. Die internationale Kooperation weitete sich aus und die Anerkennung als Repräsentantin der DDR-Wissenschaft wuchs. Nachwuchs war heranzubilden. Es

entwickelten sich bestimmte Versorgungs- und Produktionseinrichtungen an der AdW und die erforderlichen Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen. (Scheler, S. 22 – 25)

Die AdW war ein typisches DDR-Produkt, vor allem vom Vorbild der AdW der UdSSR geprägt. Zugleich verwirklichte sie die in Deutschland immer wieder geäußerte Hoffnung auf eine enge Verbindung von Gelehrtendebatten in Klassen und Plenum mit Einrichtungen, die direkt Forschungen betrieben. Sie versuchte, eine Abstimmung der Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategie zu erreichen, glich manche Mängel, die das Embargo gegen den sozialistischen Staat mit sich brachte, aus, kritisierte politische Fehlentscheidungen und bot in der Gelehrtengesellschaft, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, ein Gremium offener Debatten über die Entwicklung der Wissenschaft und über die Nachteile unserer Vorzüge. Die Klassen verloren zwar immer mehr Entscheidungsbefugnisse über Forschungsvorhaben, wirkten jedoch mit ihrem informellen Gedankenaustausch auf die Entscheidungsbefugten ein. Die Mehrheit der Mitglieder und der an der AdW Tätigen, in der DDR ausgebildet und qualifiziert, identifizierte sich, wie Scheler schreibt, „mit dem Werden der DDR, ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Friedens- und Sozialpolitik. Und auch gewisse Widersprüchlichkeiten im politischen Alltag der DDR, gegen die man anging, mochten nicht den Grundkonsens mit der sozialen Ordnung des Landes brechen.“ Wenige distanzieren sich 1989/90 von der DDR. Viele „kritisierten Missstände, Differenzen zwischen humanistischen Idealen und restriktiver Wirklichkeit, und sie erwarteten Reformen. Sie wollten jedoch nicht zum Kapitalismus zurück, sondern strebten nach einer neuen demokratischen Gesellschaft ohne Bevormundung durch eine unfehlbare Partei.“ (Scheler, S. 460)

Der letzte Präsident der AdW Horst Klinkmann, von den Mitarbeitern 1990 direkt gewählt, sah sich auf der Seite der Verlierer der Wiedervereinigung, da die AdW abgewickelt wurde, obwohl die neue Leitung Reformen einleitete. Er stellte fest: Aus der Lageanalyse sollten „Konsequenzen für die Gesundung der Akademie“ gezogen werden. „Das ist, wie wir heute wissen, uns wissenschaftlich nicht verwehrt, aber politisch unmöglich gemacht worden.“ (Kocka, S. 348)

Mit der DDR verschwand ihre Akademie. Die Abwicklung bedurfte einer entsprechenden Argumentation, mit der eine wissenschaftliche Wüste in der DDR propagiert wurde, die sich jedoch bei der Evaluierung so nicht bestätigte. Jürgen Kocka bemerkte: „Natürlich gab es ... in der Akademie der DDR gute Forschung. Eben diese Annahme lag ja auch der Evaluation durch den Wissenschaftsrat 1990 zugrunde, sonst wäre keine Evaluation nötig gewesen. Aber klar ist ..., daß sich die Struktur der AdW – Forschungskonzern und Gelehrtengesellschaft zugleich, nicht bewährt hat.“ (Kocka, S. 343)

Positive Einschätzungen der AdW wurden mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 durch die nun herrschenden politischen Kreise, die „Abwickler“ der AdW und manche Kritiker mit voreiligem Gehorsam gegenüber der neuen Obrigkeit in Frage gestellt. Das hebt Probleme und die berechtigte Kritik derer, gegen die es Restriktionen und Repressionen gab, nicht auf. Es ist also zwischen politisch gewollter Diffamierung der AdW und ihrem Wirken für die Wissenschaft zu differenzieren. Ideale sind auf ihre konkrete Realisierung zu prüfen. Ein historisches Ereignis, wie die Entwicklung der AdW in der DDR, vermittelt Lehren für die Zukunft, wenn man denn aus Fehlern lernen will und Positives nicht wegdebattiert.

Joachim Sauer hält gegen eine solche Auffassung fest: „Es ist auch nicht so, daß man die Struktur der DDR-Akademie mit der Einheit von Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstituten ganz unpolitisch als ein Modell dafür diskutieren kann, wie Wissenschaft im großen Rahmen zu betreiben sei, sondern man muß diese als eine Struktur verstehen, mit der die gesamte Wissenschaft diszipliniert werden sollte.“ (Kocka, S. 356)

Dem stimmt Manfred Bierwisch zu, da „es zwar anstrengend, aber unbedingt nötig ist, sich gegen die nostalgische Verklärung der Bedingungen in der Akademie der DDR zu wehren. ... Es scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein, daß man die DDR-Akademie nicht in einen brauchbaren Modellfall und einige davon zu trennende Mißlichkeiten aufteilen kann.“ (Kocka, S. 360)

Die Warnung vor nostalgischer Verklärung ist berechtigt. Das hebt nicht auf, dass Ansätze zur Institutionalisierung von Interdisziplinarität, zur Einheit von der Gelehrtengesellschaft als möglichem Ideengenerator und Institutsverbund in der AdW, auch wenn sie als misslungen angesehen werden, doch als Modell für weitere Versuche unter anderen Bedingungen dienen können. Warum gegen ein solches Vorgehen polemisiert wird, ist wissenschaftlich zwar nicht einsichtig, doch verständlich bei denen, die die politisch von den Herrschenden betriebene De-Legitimierung der DDR auch auf die AdW ausdehnen wollen. Ich gehörte mit anderen zu denen, die für den Erhalt einer reformierten AdW, die berechnete Mängelanalysen beachtete und abstellte, eintraten. Sie sollte und konnte, wenn es politisch gewollt gewesen wäre, in die Wissenschaftslandschaft der BRD eingeordnet werden. Dem standen neben politischen Diffamierungen der wissenschaftlichen Elite in der DDR, institutionelle Interessen der bisherigen Säulen wissenschaftlicher Einrichtungen in der BRD und auch persönliche Befindlichkeiten entgegen. Sie schlugen sich in politischen Beschlüssen zur „Abwicklung“ der AdW nieder.

Auf einige der damit aufgeworfenen Probleme möchte ich eingehen, indem ich Antworten auf folgende Fragen skizziere:

- (1) Welche Zäsuren bestimmen die Entwicklung der AdW? Mit dieser Frage ist die Problematik der Beziehungen von politischen Rahmenbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Forderungen an die AdW zu ihrer Struktur und den damit gegebenen Spielräumen für wissenschaftliche Autonomie verbunden, die in den kritischen Äußerungen angesprochen wurde.
- (2) Wie ist das Verhältnis von staatlicher Leitung, Partei und Gewerkschaft an der AdW? Dazu sind Erfahrungen beizusteuern, die nicht im Trend der gegenwärtigen Diffamierung der DDR als SED-Diktatur und der AdW als Struktur zur Disziplinierung der Wissenschaft liegen.
- (3) Wie ist das Verhältnis von Gelehrtengesellschaft und Institutsverbund zu bewerten? Mit dem Argument der politischen Einflussnahme ist es nicht einfach als Modell zu diskreditieren, da es keine politikfreien Räume für öffentlich-rechtlich hoch dotierte wissenschaftliche Einrichtungen gibt. Eher ist doch danach zu fragen, wem die Ergebnisse dienen. Auch in einer parlamentarischen Demokratie ist die Mittelvergabe an politische Orientierungen gebunden. Es sind wirtschaftliche Interessen in der Wissenschaft zu berücksichtigen. Militärforschung wird betrieben. Die DDR führte keine Kriege. Doch die BRD befindet sich in verschiedenen Regionen der Welt im Kriegszustand. (Hörz 2010) Ohne militärische Forschung geht es dabei nicht. Wissenschaft ist zu allen Zeiten im entsprechenden Kontext zu sehen. (Banse, Fleischer)
- (4) Widerspricht wissenschaftliche Autonomie der Planung gesellschaftlicher Anforderungen? Man kann mit Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper meinen: „Ja, mach nur einen Plan. Sei nur ein großes Licht. Und mach dann noch 'nen zweiten Plan, gehn tun sie beide nicht.“ Doch ohne Planung kann keine Einrichtung existieren. Das Problem liegt an anderer Stelle: In der Profitgesellschaft und Marktwirtschaft gibt es keine übergreifenden sozialen Interessen aller Menschen, die zu planen sind. Mit einem Gesamtwillen nach einem Gesamtplan ein Gesamtziel zu erreichen, nämlich die Erhöhung der Lebensqualität aller Glieder einer soziokulturellen Identität widerspricht den Marktgesetzen. Betrachten wir deshalb, wie die Planung an der AdW funktionierte.
- (5) Wie ist die Stellung der AdW in der internationalen scientific community? Erst mit der Aufnahme der DDR in die UNO verbesserten sich die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit. Doch sie war zugleich durch politische und finanzielle Restriktionen bedingt. Vor allem das Fehlen von Valutamitteln war ein Problem. Bekam man im Ausland als an der AdW Tätiger Valutamittel, dann waren diese abzurechnen. Das traf mich mehrmals.
- (6) Ist die AdW ein mögliches Modell für die Institutionalisierung von Interdisziplinarität? Eine Staatsakademie von diesem Ausmaß hat sicher keine Zukunft, selbst wenn man ihre

wissenschaftliche Autonomie sichern und die gesellschaftlichen Anforderungen beschränken würde. Doch der mit der Gelehrtensozietät verbundene Akademiegedanke in der Einheit mit bestimmten Forschungseinrichtungen ist m. E. zukunftsfruchtig.

Kommen wir nun zur Beantwortung dieser Fragen.

#### **4. Zäsuren in der Entwicklung der AdW**

Man kann bei den Einschnitten in der Entwicklung der AdW grob zwei Arten von Zäsuren unterscheiden: politische Rahmenbedingungen und innerakademische Strukturveränderungen als autonome Entscheidungen der entsprechenden Gremien. Beide sind auf jeden Fall eng miteinander verbunden. Die politischen Rahmenbedingungen bedingen in den Auswirkungen auf die AdW die an sie gestellten gesellschaftlichen Forderungen. Es wäre einseitig, so meine Erfahrungen in verschiedenen Ämtern an der AdW, diese allein als bindende Parteibeschlüsse und als staatliche Verordnungen zu sehen. Solche Vorgaben wurden mit den Vertretern der AdW vorbereitet. Ihre Umsetzung in spezifische akademische Strukturen und Aufgabestellungen fand die Unterstützung der Mitglieder und Mitarbeiter/Innen, die von der Berechtigung der Forderungen überzeugt waren oder zur Einsicht geführt wurden. Das schließt kritische Stimmen ein, die jetzt manchmal als einzige bei denen wahrgenommen werden, die einen Grund für die berechtigte Abwicklung der AdW suchen.

Innerakademische Strukturveränderungen drücken sich vor allem in Änderungen der Statuten aus. Sie sind sowohl Ausdruck verinnerlichter gesellschaftlicher Herausforderungen als auch ein Beispiel für die mit Meinungsstreit verbundene Autonomie der Gremien, da sie nach meist umfangreichen kontroversen Debatten demokratisch mit Mehrheit beschlossen wurden. Vor allem im Entscheidungsspielraum der leitenden Personen in ihrem Verantwortungsbereich sind m.E. die Potenzen für wissenschaftlich begründete autonome Entscheidungen zu sehen. Als Bereichsleiter am Zentralinstitut für Philosophie konnte ich, wie schon bemerkt, ab 1972 den Bereich „Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung“ nach meinen inhaltlichen und personellen Vorstellungen konzipieren und die Forschungen dazu ausgestalten. An uns herangetragene übertriebene, illusionäre oder politisch einseitig motivierte Forderungen wiesen wir zurück. Das dürfte in jedem Institut mit seinen Bereichen und Forschungsgruppen anders gewesen sein. Vieles hing von der Autorität des Leiters, seinem wissenschaftlichen Ansehen und seiner politischen Loyalität ab, von seinem Durchsetzungsvermögen und seiner Charakterstärke. Das Wirken der Amtsinhaber ist danach zu bewerten, ob wissenschaftliche Rationalitätskriterien, die dem internationalen Standard entsprachen, durchgesetzt wurden, und ob es um die Verwirklichung humanistischer Ideale ging. Dagegen sollte die nun politisch favorisierte Bewertung, ob jemand kritisch zur DDR stand oder nicht, in den Hintergrund rücken, wenn man die Entwicklung der Wissenschaft im Auge hat.

In einem persönlichen Gespräch mit einem führenden Vertreter des Establishments der Wissenschaft in der BRD, der nach 1990 eine große Einrichtung in Berlin übernahm, bemerkte ich, dass viele der Wissenschaft und Humanität verpflichtete Kolleginnen und Kollegen in der AdW sich gegen unsinnige Beschlüsse, bürokratische Hürden, Restriktionen usw. gewehrt und sich im Sinne der Autonomie für erforderliche Freiräume eingesetzt hätten. Nach meiner Kenntnis wäre mancher allein an der Karriere Interessierter in der BRD unter den Bedingungen der DDR der Obrigkeit kritiklos gefolgt. Mein Gesprächspartner sagte nichts dagegen. Mancher in der Wissenschaft Tätige aus der DDR verhält sich nun ähnlich, wenn er die Umstände dafür verantwortlich macht, dass er nicht mehr für die Wissenschaft tat, weil er nicht konnte. Einer unbedingt erforderlichen Analyse der Erfolge und Mängel wissenschaftlicher Arbeit an der AdW im Spannungsfeld von gesellschaftlichem Druck auf die in der Wissenschaft Tätigen und autonomen Entscheidungen für eine dem Volk dienende Forschung hilft das nicht. Es verschärft die von den Zerstörern der Institutionen und Strukturen der Wissenschaft in der DDR, den Abwicklern der Wissenschaftselite der DDR, forcierte Zuspitzung von gesellschaftlichen Forderungen an die AdW als SED-Diktatur, die wissenschaftliche Autonomie immer mehr unterdrückte. Die begriffliche Trennung von



aufoktroierten Strukturen und den trotzdem erzielten inhaltlichen Leistungen, vereinfacht die Geschichte der AdW in ihrer Widersprüchlichkeit.

Welche Auswirkungen hatten die politischen Rahmenbedingungen auf die AdW? Die entscheidende Veränderung vollzog sich 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Alliierten und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus in Form des Nationalsozialismus. Die Mitglieder der PAW führten ihre Arbeit als DAW weiter und wählten neue Mitglieder. Die von den Westmächten betriebene Spaltungspolitik mit der Bildung der Bi- und Trizone fand 1948 einen Höhepunkt, als ohne Information an die sowjetische Besatzungsmacht eine Währungsreform durchgeführt wurde. Sie stellte die Verwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone vor große Probleme, die kurzfristig mit der „Tapetenmark“ gelöst wurden, um einen Ausverkauf zu verhindern. Die AdW hatte nun Schwierigkeiten, ihre in Westberlin wohnenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bezahlen. Mancher, der sich für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau in Deutschland und die weitere Mitarbeit an der AdW entschied, zog in den Ostteil um, wie ich aus persönlichen Gesprächen weiß. Mit der Gründung der DDR 1949 als Reaktion auf die Spaltung Deutschlands durch die schon existierende BRD, wurde eine gesamtdeutsche Entwicklung der Wissenschaft erschwert.

1961 erfolgte die Sicherung der Staatsgrenze der DDR auf Beschluss des Warschauer Pakts durch den Mauerbau. Das wirkte sich nicht nur auf die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West, sondern auch auf menschliche Schicksale aus. In Westberlin wohnende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AdW standen vor persönlichen Entscheidungen über Arbeitsplatz und Wohnsitz. Familien wurden durch eine Staatsgrenze getrennt. Viele meiner Verwandten, so zwei Brüder und eine Schwester, lebten in der BRD. Wie bei anderen war das Zusammentreffen erschwert. Politische Verordnungen in Ost und West verboten bestimmte Kontakte. Trotzdem gab es weiter Verbindungen, gefordert, geduldet, verschwiegen oder nicht immer legal aufgenommen.

Im Beitrag „Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen. Das Beispiel Leopoldina“ warnen Benno Parthier und Sybille Gerstengarbe vor wissenschaftshistorisch unzulässigen pauschalisierenden Urteilen, „wenn man die Kulturpolitik der DDR ... lediglich als undifferenziert und klassenmäßig ideologisch ausgerichtet ablegte, vielmehr lassen sich Phasen mit jeweils spezifischen Ausformungen erkennen. ... In den siebziger Jahren ... galt die internationale Anerkennung des scheinbar gefestigten DDR-Staates als wichtigstes Ziel, dem alles untergeordnet wurde.“ (Kocka, S.203) 1972 brachte der Grundlagenvertrag zwischen DDR und BRD, der 1973 in Kraft trat, und 1973 die Aufnahme der DDR in die UNO endlich die Überwindung der unseligen Hallstein-Doktrin, mit der die BRD das Wirken von DDR-Vertretern in internationalen Gremien immer wieder boykottierte. Es kam nach zähen Verhandlungen zu einem Wissenschaftsabkommen zwischen beiden deutschen Staaten. Internationale Kontakte wurden ausgebaut und die internationale Anerkennung der Gremien der DDR, auch der AdW, wuchs. Für 1979 bereitete die AdW die Einsteifeierlichkeiten vor. Ich hatte bei der UNESCO in Paris Gespräche dazu zu führen und fand für unser Vorhaben offene Ohren, da ich zusichern konnte, dass es keine Restriktionen für die Gäste geben würde. Ich vertrat dann auch die AdW bei den Veranstaltungen zu Einstein in Ulm und Bern. So nahmen DDR-Wissenschaftler/Innen nun gleichberechtigt an internationalen Tagungen teil. 1990 verschwand die DDR als antikapitalistische soziale Alternative in Deutschland und das wiedervereinigte Land kehrte in die kapitalistische Marktwirtschaft zurück. Es hatte keinen Platz mehr für die AdW.

Die politischen Rahmenbedingungen waren von innerakademischen Strukturveränderungen begleitet, die in der AdW erarbeitet, mit den politischen Entscheidern abgestimmt, und den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt wurden. Werner Scheler meinte im Zusammenhang mit den Statutenänderungen von 1946 bis 1984, dass die Akademie mit ihren Formulierungen „der jeweiligen wissenschaftspolitischen Terminologie ihres gesellschaftlichen und

staatlichen Umfeldes“ folgte. Nur 1946 werde die „freie Forschung“ genannt. Nur dort und 1954 erscheine „die Förderung der Forschungsarbeiten der Akademiemitglieder als eine grundlegende Aufgabe“. Prinzipiell stellte er fest: „Die verschiedenen Fassungen des Statuts erwecken den Eindruck, dass sich die Akademie mehr situativ als strategisch auf die jeweils gegebenen Verhältnisse einstellte, ohne die traditionelle Identität der Sozietät – bei aktiver Aufnahme neuer Forderungen – aktiv zu kultivieren.“ Zunehmend wurde „der Auftrag der Akademie und ihre Aufgabenstellungen von allgemeinen wissenschaftlichen und kulturellen Zielen und gesamtdeutschen Anliegen ... auf die gesellschaftlichen Erfordernisse der DDR ausgerichtet“. „Diese Spezifik war Ausdruck der politischen Herausbildung und Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit.“ (Scheler, S. 25) Damit ist auch die Umbenennung der DAW in AdW der DDR 1972 verbunden.

Ein struktureller Einschnitt erfolgte mit der Akademiereform 1969. Das Statut vom 30. Mai 1969 sieht in § 19 problemgebundene Klassen vor. „In diesen Klassen werden – ausgehend von der internationalen Entwicklung – neuartige Fragestellungen erarbeitet und einer fundierten Behandlung zugeführt sowie neue Probleme der Verflechtung der Disziplinen und der Grenzgebiete erörtert und in ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaft und der sozialistischen Gesellschaft geklärt.“ (Hartkopf, Wangermann, S. 186f.) Mit dem Statut von 1984 ging man jedoch wieder zu den disziplinentorientierten Klassen über, während die komplexen Probleme in Wissenschaftlichen Räten weiter zu behandeln waren.

Das betraf mich auch persönlich. Auf der Abschlussitzung der Klasse „Umweltschutz und Umweltgestaltung“ sprach ich zum Verhältnis von Philosophie und Ökologie. Scheler dankte der Klasse für die „wertvolle Arbeit“, die sie geleistet hatte und meinte, dass die nun vor uns stehenden Probleme eine Klasse überfordern würden, weshalb die Akademieleitung eines „auch zur operativen Arbeit fähigen Wissenschaftlichen Rats mit einem gewissen, an der Akademie verankerten wissenschaftlichen und personellen Hinterland“ bedürfe, der die „verdienstvolle Arbeit“ der Klasse fortsetze. (Hörz 1986, S. 23) Über die dann gesammelten Erfahrungen im Umweltrat der AdW ist an anderer Stelle berichtet. (Hörz 2007) Die Orientierung war nun, in den disziplinentorientierten Klassen komplexe Probleme einzubringen und sie eventuell mit anderen Klassen zu diskutieren oder Tagungen zu veranstalten. Das geschah. Als Beispiel sei die Wissenschaftliche Konferenz „Zur Bedeutung der Information für Individuum und Gesellschaft“ von 1983 genannt. (Scheel, Lange) Wichtige Probleme, die von der Friedenserhaltung über die Technologieentwicklung bis zum Wesen des Menschen reichten, wurden aus unterschiedlicher disziplinärer Sicht behandelt.

### **5. Staatliche Leitung, Partei und Gewerkschaft**

Über die gesetzlich geregelten, durch Statuten festgeschriebenen und durch Verordnungen ergänzten Beziehungen zwischen Staat, Partei und Gewerkschaft geben die entsprechenden Dokumente Auskunft. (Hartkopf, Wangermann) Zur Rechtfertigung für die Abwicklung der AdW diente das Argument der Unterordnung unter die SED-Diktatur. Dagegen werden die Bannerworte „Demokratie“ und „wissenschaftliche Autonomie“ gesetzt, die viele vor sich her tragen, ohne ihre Realisierung zu analysieren. Die Problematik des Erklärungsmusters „Demokratie oder Diktatur?“ ist an anderer Stelle gezeigt. (Hörz 2010, S. 156ff.) Man kann die „Staatsdiktatur des Frühsozialismus“ mit ihren Restriktionen und Repressionen mit der „Kapitaldiktatur“ vergleichen. Letztere herrscht mit ihren monetären und bürokratisch-rechtlichen Strukturen, die dem Maximalprofit der wirtschaftlich Mächtigen dienen, denen die politisch Herrschenden die Bahn öffnen. Die Restriktionen und Repressionen, wie Arbeits- und Obdachlosigkeit, Bildungsnotstand und Menschen als „Humankapital“ sind nach der neoliberalen Ideologie systembedingt und nicht von den Herrschenden zu verantworten. Dafür ist kein Geld da, reicht als unpersönliches Argument aus. Ansonsten sei jeder an persönlicher Misere selbst schuld. Die Bringe-Pflicht des sozialistischen Staates für soziale Leistungen wird nun zur diffamierenden Hole-Pflicht der Individuen, gepriesen mit Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die Wissenschaft wird kommerzialisiert. Dabei bleibt die Autonomie auf

der Strecke. Ein Vergleich zwischen der AdW und den Wissenschaftseinrichtungen unter der Kapitulardiktatur über die Mechanismen ihrer Beeinflussung wäre interessant. Hier ist nur auf die AdW einzugehen.

Scheler stellte fest: „Eines war in der Parteiführung unumstritten, nur mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung konnten der Aufbau und die notwendigen Umstrukturierungen der Volkswirtschaft erreicht, konnten neue Technologien erschlossen, neue oder verbesserte Erzeugnisse geschaffen werden.“ (Hartung, Scheler, S. 44) Er behandelte ausführlich die Beziehungen zwischen Staat, SED und Akademie. (Scheler, S. 26f.) Meine Sicht auf die Beziehungen zwischen staatlicher Leitung, Partei und Gewerkschaft ist durch verschiedene Wahlfunktionen in entsprechenden Gremien geprägt. Ohne die berechtigte Kritik an Einschränkungen der Wissenschaftsautonomie durch politische Entscheidungen und das Wirken der Parteiführung, vertreten durch viele Helfer, zu negieren, wehre ich mich gegen die nun dominierende einseitige Schwarz-Weiß-Malerei bei AdW-Kritikern auf der einen und Nostalgikern auf der anderen Seite. Einseitige Sichten und Pauschalisierungen, auch wenn sie politisch gewollt sind, helfen dann nicht weiter, wenn wir aus Erfahrungen mit Erfolgen und Fehlern lernen wollen. Welche Leistungen die an der AdW Tätigen für die Wissenschaft und für die Entwicklung der DDR erbracht haben, ist aus den jährlichen Berichten der Präsidenten am Leibniz-Tag der AdW zu entnehmen. Immerhin wurden die Langzeitvorhaben der AdW, die teilweise gesamtdeutsch betrieben wurden, von der BBAW übernommen. Erfolgreiche Ausgründungen bestätigten, dass, trotz der Mängel bei der Ausstattung mit Forschungstechnologie, kreative Köpfe am Werk waren. Angehörige der AdW, die Forschungen zur Mathematik, zu den Natur- und Technikwissenschaften, über die Medizin, die Geowissenschaften und die Informatik bis zur Literaturwissenschaft, Geschichte und Philosophie, also über die ganze Breite wissenschaftliche Problemfelder betrieben, waren Vortragende auf internationalen Tagungen, gesuchte Gesprächspartner in Deutschland und im Ausland. Es gab herausragende Leistungen, Mittelmäßiges und Vernachlässigbares, doch das gilt für jede große wissenschaftliche Einrichtung. Selbst die Feststellungen der verschiedenen Evaluierungskommissionen konstatierten auf wichtigen Gebieten wesentliche Erkenntnisgewinne. Das ist umso bedenkenswerter, als sie unter dem politischem Druck handelten, die „Abwicklung“ der AdW als berechtigt zu bestätigen und einen bestimmten Prozentsatz der vorhandenen Einrichtungen, die, egal in welcher Form, nicht weiter geführt werden sollten, auszuweisen. Die von mir ins Leben gerufene wissenschaftsphilosophische Forschungsgruppe, deren internationales Ansehen zu einer positiven Evaluierung führte, wurde als Gruppe aufgelöst. Einige Bereichsangehörige kamen in neuen Zentren unter. Oft werden nun nur die führende Rolle der SED und das Wirken ihrer Leitungen als negativ betont. Doch wie sah das konkret aus? Es trafen dabei Personen mit ihren Kompetenzen aufeinander. Man konnte sich vor allem der Wissenschaft verpflichtet fühlen oder aus Karrieregründen Unsinniges, nicht nur von der Obrigkeit gefordert, sondern manchmal selbst ausgedacht, verteidigen und durchsetzen wollen. Im Bericht des „Akademiebürokraten“, wie sich der Historiker Jan Peters in seinen Erinnerungen selbst bezeichnete, werden dazu Erfahrungen über das Wechselspiel von „großem Haus“, wie der Sitz des ZK der SED genannt wurde, den Vertretern der Abteilung Wissenschaften des ZK, der Akademieleitung, den Instituten und dazwischen den Fachreferenten als denen, die Beschlüsse umzusetzen hatten, für die Geschichtswissenschaft an der AdW geschildert. Peters arbeitete von 1964 bis 1966 im „Büro der Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften“ als Fachreferent für Geschichte. Seine ungeschminkten Schilderungen über eine Wissenschaftlerkarriere in der DDR in Berlin, über Greifswald mit Parteistrafe, Praxiseinsatz und als „Akademiebürokrat“ bis zur Arbeit am Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW mit der Zwischenstation als Leiter des DDR-Kulturzentrums in Stockholm zeigen, mit Dokumenten belegt und ungeschminkt, Höhen und Tiefen seines Wirkens und schildern Wege der Geschichtswissenschaft in der DDR aus seiner

Sicht mit Hinweis auf viele vorliegende Erinnerungsarbeiten. Akribische Forschung, international anerkannte Ergebnisse, Mittelmäßigkeit und politische Anpassung begegneten ihm. Über seine Arbeit im Büro der Arbeitsgemeinschaft schrieb er, dass sie mit Planung und Organisation befasst waren, um die Akademie auf diesem Gebiet weiter zu entwickeln, wie es zentrale Beschlüsse forderten. Wenn man nicht einfach den vorgegebenen bürokratischen Wegen folgte, so Peters, und auch „informell arbeitete, konnte man schon einiges gestalten – an den Vorgaben vorbei, wenn auch in ihrem sprachlichen Gewande – zugunsten der leistungsstarken Querköpfe oder derjenigen, die einem aus anderen Gründen als Forscher gefielen.“ Zugleich bemerkte er: „In den Institutsleitungen spürte ich hinter dem höflichen Interesse gelegentlich auch abwehrende oder belustigte Untertöne. Die alten Hasen konnten mit den Repräsentanten des Akademieapparats gut umgehen, erst recht mit naiven, nicht schnell genug lernfähigen Enthusiasten, wie ich einer war. Sie entfalteten die längst eingeübten Methoden, bislang Praktiziertes mit den ‚von den neuen Bürokraten da in der Nuschkestraße‘ gewünschten umformulierten Überschriften fortzusetzen – und zogen sich dann auf das machbare Institutsinteresse zurück.“ (Peters, S. 296) Generell stellte er fest: „Die seltsam zwischen Schein und Wirklichkeit oszillierende Welt der Akademie funktionierte also irgendwie. Wir waren aktiv und anscheinend oder scheinbar dabei, die Akademie auf den Kopf zu stellen. Die Zahl konkreter Veränderungen blieb indes merkwürdig gering. Man ärgerte und freute sich und neigte dazu, kleine Erfolge aufzubauschen. Einiges ließ sich ja auch wirklich durchsetzen, aber mit der Zeit stellte man dann fest, dass sich vieles auch auf andere Weise erledigte, nämlich von selbst.“ (Peters, S. 297) Das in den Beziehungen zwischen SED, staatlicher Leitung, Gewerkschaft und der konkreten Forschungsarbeit sich auswirkende Verhältnis von wissenschaftlicher Autonomie und gesellschaftlichen Forderungen war stets, was sicher nicht auf die AdW zu beschränken ist, ein Wechselspiel zwischen Erneuerern und Reformern unter konkreten politischen Rahmenbedingungen, die man auch für eigene Interessen nutzen konnte.

Nehmen wir ein anderes Problemfeld: die Zuwahl neuer Akademiemitglieder. Peter Th. Walther verwies bei seiner Analyse der Zuwahl-Praxis der AdW in den 50er bis 70er Jahren auf den Einfluss der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED. Er meinte, „daß sich ein System gegenseitiger Loyalität zwischen Partei und Staat einerseits und Akademiemitgliedern andererseits konstituierte und konsolidierte. Die Akademie hatte in diesen Jahrzehnten in bisher unerreichtem Ausmaß staatliche Aufgaben übernommen, und damit waren sie und ihre Mitglieder an die staatlichen Spielregeln und die letztlich durch die SED vorgegebenen Richtlinien gebunden.“ In dem „später regulierten Wechselspiel der Regelungsmechanismen entstanden zuerst unterschiedliche Absprachekonstellationen, bis schließlich die symbiotische Kooperation zwischen der Kreisleitung der SED in der AdW und der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED ein reibungsfreies System der Kaderentwicklung garantierte.“ (Kocka, S. 130f.)

Meine Erfahrungen zeigen, wie kompliziert die Zuwahl mit geheimer Abstimmung war. Eventuell wurde durch die Abteilung Wissenschaften meine 1969 geplante und weit gediehene Zuwahl, die von Friedhart Klix, Lieselotte Welskopf und Leo Stern mit Unterstützung anderer Mitglieder betrieben wurde, verhindert. Sie erfolgte erst nach der 1972 erfolgten Verleihung mit dem Nationalpreis, nach der Akademiemitglieder zu mir sagten, nun kämen sie mit dem Vorschlag sicher durch. 1973 wurde ich korrespondierendes und 1977 ordentliches Mitglied. Später war ich in der SED-Parteilinie des Plenums mit Zuwahl-Vorschlägen und den kontroversen Debatten um sie konfrontiert. Es gab, wie man heute sagen würde, Netzwerke, die auf der Zuwahl bestimmter Personen bestanden. Vorschläge von oben konnten abgelehnt werden. Ohne die Zustimmung der Klassen und der Parteilinie des Plenums wurden sie nicht weiter gereicht. Ein politisch hoch geachteter Wissenschaftler in der DDR wurde nicht Mitglied der AdW, trotz mancher Forderung von oben. Dafür wurde sein Stellvertreter in die AdW gewählt. Ich erinnere mich an die Bemerkung von Jürgen

Kuczynski in einer Parteigruppensitzung, der kritisierte, dass Minister Kandidaten vorschlagen könnten, und dazu meinte, dazu seien sie gar nicht in der Lage und wir könnten das besser. In einer Klassensitzung unter meinem Vorsitz waren drei Vorschläge auf einen Platz eingereicht worden. Ich schlug eine geheime Abstimmung vor, in der einer mit knapper Mehrheit gewann, was respektiert wurde. So reibungsfrei, wie es sich eventuell aus den Akten ergibt, funktionierte das System der Kaderpolitik, wie es in der DDR hieß, nicht.

Durch die ehrenamtliche Tätigkeit in Gewerkschaftsfunktionen an der Akademie erhielt ich Einblicke in die materiell-kulturellen Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit in den verschiedensten Bereichen und in die Stimmungslage der Mitarbeiter/Innen. Dazu gaben wir Berichte an den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) weiter, dessen Vorsitzender Mitglied des Politbüros der SED war. Ich achtete besonders darauf, kritische Meinungen nicht zu unterdrücken und wandte mich gegen manchen Versuch, die Berichte zu schönen. Solche Tendenzen gab es. Aus SED-Institutionen kam die Frage von AdW-Mitgliedern: Was hat die Gewerkschaft in der Wissenschaft zu suchen? Meine Antwort war: Sie hat Interessen der Mitarbeiter/Innen gegenüber den Leitungen zu vertreten und mit dafür zu sorgen, dass Bedingungen für kreative Arbeit geschaffen werden. Die Mehrheit der an der AdW Tätigen gehörte der Gewerkschaft an, auch die leitenden Personen. Sie hatten vor der Gewerkschaft Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen. Betriebskollektivverträge, zwischen Institutsleitung und Gewerkschaft abgeschlossen, enthielten gemeinsame Verpflichtungen, um Planziele zu erreichen. Manches konnte die Gewerkschaft bei der Versorgung, bei den Arbeitsbedingungen und bei der Plandiskussion durchsetzen. Nicht alles gelang. Ausgehend von der Auffassung, dass jeder Mensch eine sinnvolle Tätigkeit ausüben kann, wenn die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden, und der Feststellung, dass mancher in der AdW Tätige nicht unbedingt für wissenschaftliche Arbeit geeignet war, suchte ich Gespräche mit anderen Gewerkschaften. Das strikte Arbeitsgesetz der DDR mit seinem umfassenden Kündigungsschutz machte eine Umsetzung von Personen in andere Einrichtungen sehr schwer. Doch geeignete Angebote konnten einen Wechsel erleichtern. Positiv waren die gewollten Wechsel von Personen zwischen Industrie und Wissenschaft bei der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis.

Die Gewerkschaft sprach generelle Probleme an, da sie an der Entwicklung der Wirtschaft interessiert war. Es konnte nicht nur um Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen über das persönliche Einkommen und die Versorgung an der Akademie gehen. Die Erhöhung des Nationaleinkommens bedeutete größere gesellschaftliche Fonds, aus denen, bedingt durch das Volks(Staats)eigentum der Betriebe und Einrichtungen, die sozialen Leistungen des Staates an alle Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen waren. Das führte zu politischen Diskussionen, zu kritischen Analysen und zu kreativen Problemlösungen, die, von der Gewerkschaft eingebracht, meist durch die Leitungen umgesetzt wurden.

Was waren m. E. die Hauptprobleme im Zusammenwirken von staatlicher Leitung, Partei und Gewerkschaft, die nicht leicht zu bewältigen waren:

Erstens: Über die gemeinsame Zielstellung, dass Wissenschaft dem Wohl des Volkes zu dienen habe, gab es keine Auseinandersetzungen, wohl aber darüber, was die akademische Forschung dazu leisten konnte und wollte. In den Führungsgremien der SED und in den Ministerien existierten dazu unterschiedliche Auffassungen zwischen denen, die pragmatisch kurzfristigen Nutzen forderten, einschließlich der praktischen Hilfe für die Industrie, und denen, die strategisch dachten und der Akademie die entsprechenden Freiräume garantieren wollten.

Zweitens: Stets bestand die Gefahr einer Doppelleitung durch SED und Staat. Die in der Verfassung festgeschriebene und auch für die AdW geltende führende Rolle der Partei drückte sich nicht nur, wie ich sie verstand, in der Vorbildrolle der Parteimitglieder und in der Durchsetzung demokratisch erarbeiteter Beschlüsse aus, die das gesellschaftliche Gesamtwohl berücksichtigten, sondern auch im Ersatz von Argumenten durch Beschlüsse. Mancher SED-

Funktionär scheute die Überzeugungsarbeit und ordnete an. Die Verantwortung blieb bei der staatlichen Leitung, wenn sie Parteibeschlüsse umsetzte.

Drittens: Bei der Analyse der Selbstorganisation sozialer Systeme zeige ich für die Staatsdiktatur des Frühsozialismus in der DDR, dass sie in ihrer letzten Phase auf dem Machtmonopol einer politischen Führungsgruppe, der Kommandowirtschaft, ökonomischen, politischen und ideologischen Restriktionen sowie Repressionen und einem umfangreichen Sicherheitsapparat aufbaute, der persönliche Abhängigkeiten kontrollierte und damit das Entscheidungsmonopol der Führungsgruppe sicherte. Es wurde mit dem Wahrheitsmonopol verbunden, nach dem Motto: Die Partei hat immer Recht. (Hörz 1993) Ich charakterisierte dazu in der DDR in Vorträgen und Publikationen die Nachteile unserer Vorzüge und forderte ihre Aufhebung mit entsprechenden Strategien und Maßnahmen.

Viertens: Durch die sozialistischen Ideale als Wertmaßstab konnten Nischen begründet werden, die kreatives Verhalten ermöglichten, wenn es nicht den Machtinteressen der Herrschenden widersprach. Obwohl der Bürger als Eigentümer, Produzent und Konsument durch das Entscheidungsmonopol der Führung keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Verteilung der Güter hatte, waren die gesellschaftlichen Fonds, die aus den Ergebnissen produktiver Tätigkeit entstanden, Grundlage für soziale Leistungen verschiedenster Art. Es waren die Ideale und die soziale Zielstellung der DDR, eben ihre Vorzüge, die viele in der Wissenschaft Tätigen dazu brachten, sich für diesen Staat einzusetzen, seine Restriktionen teilweise hinzunehmen, ohne ihn unkritisch zu sehen.

### **6. Gelehrten-gesellschaft und Forschungsinstitute**

Bei der Erneuerung der AdW nach 1945 spielten die Erfahrungen der AdW der UdSSR eine wichtige Rolle, die, nach Scheler, „eine exemplarische Verbindung von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsinstituten verkörperte“. In die AdW wurden immer mehr Einrichtungen integriert. Sie verließ den „Weg der traditionellen ‚reinen‘ Gelehrten-gesellschaft“ und „legte damit auch den Grundstein zu jener zentralen Wissenschafts- und Forschungsinstitution, zu der sie im Gefolge der politischen Spaltung Nachkriegsdeutschlands und der gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ und der DDR wurde.“ (Scheler, S. 16) Die Forschungsinstitute, zusammengeschlossen in einem Verbund, bestimmten immer mehr das Bild der AdW in der Öffentlichkeit, wogegen die Sozietät in den Hintergrund trat.

Am 16.05. 1957 fasste das Plenum der AdW den Beschluss über die Bildung einer „Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlich, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“. Die „Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen“ konstituierte sich 1964. Mit der Akademiereform 1968/69 kam es zur Bildung von Forschungsbereichen, die verwandte Fachgebiete zusammenfassten. Nun existierten auf der Seite der Gelehrten-gesellschaft die problemgebundenen Klassen und auf der Seite der Institute die Forschungsbereiche (FB). Nach dem Übergang zu den disziplinenorientierten Klassen, gab es weiter die FB Mathematik/Informatik, Physik, Chemie, Biowissenschaften und Medizin, Geo- und Kosmoswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften. Nach der Umbenennung 1989 der FB in Wissenschaftsgebiete (WG) bildeten Biowissenschaften und Medizin ein eigenes WG.

Wie war das Zusammenwirken von Gelehrten-gemeinschaft und Forschungsbereichen?

(1) Die Vorsitzenden der Klassen und die Leiter der Forschungsbereiche gehörten dem Präsidium der AdW an, in dem die Strategie der AdW, die staatliche und innerakademische Planung, die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen, die Kooperation mit der Wirtschaft usw. beraten wurden. Es gab also einen ständigen Informationsaustausch über akademische und außerakademische Forschung, gemeinsame Beschlüsse und kritische Wertungen der Arbeit.

(2) Leiter der FB und Institutsdirektoren waren in der Regel Mitglieder der ADW, die inhaltliche und strukturelle Probleme im Plenum und den Klassen vorstellen und Ergebnisse in ihren Einrichtungen umsetzen konnten.

(3) Die durch Mitglieder in den Klassen vertretenen Einrichtungen hatten mehr oder weniger intensive Kontakte, teilweise Kooperationsvereinbarungen. Man konnte sich so ohne großen Aufwand über Probleme zwischen akademischer und außerakademischer Forschung beraten und Lösungen suchen.

(4) Internationale und interdisziplinäre Tagungen erforderten nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft, sondern auch mit anderen akademischen und nicht-akademischen Einrichtungen.

Der Einfluss der Gelehrtenengesellschaft auf die Institute erfolgte vor allem indirekt über die Akademiemitglieder. Eine direkte Einflussmöglichkeit gab es nur über das Präsidium. Insgesamt kann man feststellen, dass die Verbindung von akademischer Denkfabrik mit Forschungsinstituten, verbunden mit AIK, wissenschaftlich anregend wirkte, kritische Sichten in die Arbeit einbrachte, Kooperation förderte und interdisziplinäres Wirken erleichterte. Das hob Reibungen nicht auf.

Kocka sieht das als ein gescheitertes Modell. Manfred Bierwisch ergänzt: „Was demnach in der DDR nach sowjetischem Vorbild realisiert wurde, war in anderer Form noch einmal die Zurücksetzung der Akademie zugunsten eigenständiger Forschungsinstitute, der Sieg der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft über die Gelehrtensozietät.“ (Kocka, S. 360) Diese Einheit, die den Forderungen von Adolf von Harnack (1851 -1930) entsprach, oft als Harnack-Prinzip bezeichnet, traf sich prinzipiell mit der Orientierung des Gründervaters der Akademie Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716): *Theoria cum praxi*. Letzteres sollte jedoch die von ihm angestrebte Gelehrtensozietät leisten, die 1700 als Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften begründet wurde. Harnack dachte dagegen mit seinen Überlegungen an eine Einheit von Sozietät und Forschungsinstituten, wobei dieser Institutsverbund dann außerhalb der Akademie in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft realisiert wurde. Ist jedoch der Gedanke einer solchen Einheit tatsächlich überholt?

Wolfgang König bemerkte zu den Akademien der DDR im Zusammenhang mit den Technikwissenschaften, dass die sozialistischen Staaten „die Wissenschaft in den Dienst ihrer Ziele“ stellten. „Der Unterschied gegenüber den Akademien in der Bundesrepublik Deutschland bestand nicht in dieser technischen und gesellschaftlichen Orientierung, sondern dass sie mit der Zeit nach sowjetischem Vorbild zu großen Forschungsinstitutionen mit ausgeprägter Anwendungsorientierung ausgebaut wurden. Die Akademieinstitute sollten sowohl technische Grundlagenforschung bis zur Anwendungsreife führen als auch Auftragsforschung betreiben. In manchen Jahren banden Auftragsarbeiten bis zu zwei Drittel der Ressourcen.“ Entsprechende Zahlen, so König, legten nahe, „zu negativen Urteilen hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit in der DDR zu kommen. Doch dürfte der begrenzte wirtschaftliche Ertrag in erster Linie mit der notorischen Innovationsschwäche der Zentralverwaltungswirtschaft zusammenhängen und vielleicht auch mit einer Überschätzung des Stellenwerts der Wissenschaft im Innovationsprozess.“ (König, S. 199f.) Wie andere Analysen zeigen, sind die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Grundlagen- und anwendungsorientierter Technikforschung in der AdW differenzierter zu betrachten. (Fratzscher) An der AdW konnten Erfolge erreicht werden, wenn interdisziplinär an komplexe Aufgaben und Entscheidungssituationen herangegangen wurde. Reduziert man Wissenschaftsakademien, die den Blick für wissenschaftliche, ökonomische und soziokulturelle Zusammenhänge schärfen können, Erreichtes analysieren, offene Probleme charakterisieren und Initiativen zur Lösung komplexer Probleme ergreifen, auf bestimmte Gebiete, dann werden wissenschaftliche Potenzen verschenkt. Das ist in der BRD der Fall, wenn Länderakademien auf die geisteswissenschaftliche Forschung allein orientiert werden. Soll eine Wissenschaftsakademie ihrer Initiativfunktion für die Entwicklung der Wissenschaft gerecht werden, dann muss sie interdisziplinär zusammengesetzt sein, um transdisziplinäre Probleme behandeln zu können. Man kann Planwirtschaft und Innovationsschwäche nicht einfach am Beispiel der AdW miteinander koppeln. Das dagegen gesetzte Erfolgsmodell von

Marktwirtschaft und Streben nach Maximalprofit birgt antihumane Konsequenzen in sich, die nicht zu vernachlässigen sind, wenn Wissenschaft dem Wohl des Volkes dienen soll. Insofern liegen die Probleme tiefer und sind weiter auszuloten.

### **7. Autonomie und Planung**

Widersprechen wissenschaftliche Autonomie und Planung einander völlig? Gibt es Wege, beides miteinander zu verbinden? Den Kritikern des Planungsmodells ist meist die Vielschichtigkeit des damit verbundenen Prozesses der Erarbeitung von Aufgaben, der abgestuften Planung und der Bewertung nicht klar. Es gab die zentrale Planung der AdW, der Forschungsbereiche, der Institute, der Institutsbereiche und Forschungsgruppen. Ich erinnere mich an die Forderung des Institutsdirektors an mich als Bereichsleiter 1973, dass der von mir konstituierte Bereich nun planwirksam werden müsse. So waren u.a. Projekte vorzuschlagen, die in den Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften nach Bestätigung im Institut und im Forschungsbereich, aufgenommen werden konnten. Mit dem Planungsprozess hatte ich als Vorsitzender des Problemrats Philosophie-Wissenschaften zu tun. Manche Mitglieder des Rats waren gierig, die höhere Weihe für ihre Projekte durch Aufnahme in den Zentralen Forschungsplan zu erhalten. Sie setzten sich der Gefahr aus, bei Nichteinhaltung von Terminen Rechenschaft vor den politischen Instanzen ablegen zu müssen oder gar eine Kommission geschickt zu bekommen, die überprüfen sollte, warum der Plan nicht eingehalten wurde. Ich gab deshalb den Rat, den wir in unserem leistungsstarken Bereich befolgten, nur Projekte, meist Buchpublikationen, zu melden, die kurz vor dem Abschluss standen und deren Fertigstellung gesichert war. Ich nannte es das „Münchhausen-Dilemma“, da wir uns selbst aus dem Sumpf der Bürokratie mit der Planung zu ziehen hatten. Wir lösten es auf die einfachste, der Autonomie der Wissenschaften entsprechende, Weise, indem wir die in den Plan aufzunehmenden Aufgaben formulierten, sie erfüllten und dann bewerteten. Sicher gab es Außenwertungen, doch diese waren, wenn sie nicht fundiert vorgetragen wurden oder sich gar als Intrigen erwiesen, zu entkräften, wenn die entsprechende Forschungsgruppe als kompetent und international beachtet galt.

Betrachten wir den Planungsprozess im Hinblick auf die wissenschaftliche Autonomie etwas genauer. Ulrich Hofmann, für Planung und Organisation von 1970 bis 1990 verantwortlicher 1. Vizepräsident der AdW, verwies u.a. „auf die Ausarbeitung der Konzeption der mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagenforschung der Akademie sowie der Universitäten und Hochschulen für den Zeitraum 1975 – 1990 sowie deren Bestätigung durch die Parteiführung und den Ministerrat der DDR im Jahre 1974. Sie beinhaltete abgestuft nach Zeitabschnitten Programmatisches, absehbare Entwicklungslinien der Forschung, grobe Ziel- und Aufgabenstellungen, aber auch, und das war wichtig, Aussagen über die Personalentwicklung, über Investitionen einschließlich Baumaßnahmen. Sie wurde alle fünf Jahre fortgeschrieben und diente jeweils als Grundlage für die Ausarbeitung der entsprechenden Fünfjahrpläne. ... Inhaltliche Vorgaben irgendwelcher Art gab es nicht. Es waren die Vorschläge der Wissenschaftler, der Institute und Einrichtungen sowie der wissenschaftlichen Gremien, die in Kenntnis gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Erfordernisse und der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten unterbreitet wurden. Alles in allem ein von der Basis getragener und vom Staat nicht beeinflusster Prozess.“ (Hartung, Scheler, S. 65)

Man kann nun die Frage stellen: Was dient der wissenschaftlichen Autonomie mehr, ein demokratisch erarbeiteter Plan wissenschaftlicher Forschung mit zentraler Beschlussfassung als Grundlage von Planungssicherheit oder ein marktwirtschaftlich orientiertes Konzept der staatlichen Förderung bestimmter Gebiete, der institutionellen, personellen und finanziellen Unsicherheit, der Abhängigkeit vom Profitstreben der Drittmittelgeber und der Einstellung von in der Wissenschaft Tätigen mit kurzfristigen Verträgen auf der einen Seite und Beamten mit Sicherheitsgarantie ohne Leistungsdruck auf der anderen? Ich würde es aus meinen Erfahrungen vorziehen, wissenschaftlich autonom in einem gesicherten Rahmen arbeiten zu



können, der auf längere Zeit die materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen sichert, Zugang zu dem Weltwissen gewährt und Existenzangst aus dem wissenschaftlichen Leben, soweit wie möglich, verbannt. Es sollte mindestens darüber nachgedacht werden, ob die Kopplung von zentraler Planung und Innovationsschwäche prinzipiell berechtigt ist. Nehmen wir zur Planung der Institute das Beispiel des Zentralinstituts für Elektronenphysik, zu dem sich als Zeitzeuge der langjährige Direktor des Instituts Karl Alexander äußerte: „Unter den spezifischen ökonomischen und politischen Randbedingungen der DDR war es nach meiner Überzeugung kein Mangel, sondern eher ein Vorteil, das wir unter einem Dach das gesamte Spektrum moderner Grundlagenforschung und auf wichtigen Gebieten auch ihrer Umsetzung in Technologien vereinigen konnten. ... Der Vorteil bestand für uns vor allem darin, das wir innerhalb des großen Instituts ohne bürokratische Hürden erhebliche Umschichtungen der personellen und materiellen Ressourcen in kurzer Zeit vornehmen konnten, wenn sie für den wissenschaftlichen oder technischen Erfolg erforderlich waren.“ Das Institut hatte am 31.07.1990 insgesamt 718, davon 298 wissenschaftliche, Mitarbeiter. Der Gesamthaushalt umfasste 1988 42,4 Millionen Mark, davon waren 32,2 Millionen Einnahmen aus Vertragsforschung. Der Bruttowert der Geräteausstattung betrug 120 Millionen Mark, davon waren von Vertragspartnern 20 Millionen Mark finanziert. Das Modell könnte nach Meinung Alexanders unter den Bedingungen der Marktwirtschaft für Synergie-Effekte nutzbar sein, „wenn man erkundende und anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit einer Technologieentwicklung unter einem Dach zusammenführt.“ Große Bedeutung für die Effektivität der Arbeit habe die Selbständigkeit des Instituts. Seine Erfahrungen seit 1970 seien, dass wir bei „der Formulierung der Forschungsstrategie, ihrer Umsetzung in Themenstellungen und Forschungsverträge, nur selten an Grenzen unserer Selbständigkeit gestoßen sind. Selbständigkeit insofern, als wir nur solche Aufgaben übernommen haben, von deren wissenschaftlicher Tragfähigkeit und gesellschaftlicher Nützlichkeit wir selbst überzeugt waren. Wir haben in dieser Beziehung kaum jemals eine administrativ-bürokratische Bevormundung empfunden, haben aber natürlich immer unsere Aufgaben in enger Wechselwirkung mit der Akademieleitung, anderen Akademieeinrichtungen und unseren industriellen Partnern abgesteckt. Auch was die innere Strukturierung des Instituts betrifft, hatten wir stets einen hohen Grad von Selbständigkeit.“ (Hartung, Scheler, S. 120) Was will man denn noch mehr an Autonomie?

Drei Aspekte der Planung sind zu beachten:

Erstens gab es für bestimmte Bereiche der AdW gesellschaftliche Forderungen nach wissenschaftlicher Hilfe für gesellschaftlich und volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben, die als Vorgaben formuliert wurden. Das führte zu umfangreichen Debatten über die Rolle von Grundlagen- und Zweckforschung. Hofmann erzählt: „Wiederholt aufflammenden akademischen Streit über Bedeutung und Verhältnis von Grundlagen- und angewandter oder Zweckforschung beendete Jürgen Kuczynski einmal nachhaltig mit dem Vergleich, dass Grundlagenforschung keinen Zweck und Zweckforschung keine Grundlagen habe.“ (Hartung, Scheler, S. 67) Doch das Problem der Umsetzung wissenschaftlicher Grundlagenerkenntnisse in Technologien als Mittel zur Gestaltung der natürlichen und soziokulturellen Umwelt und des individuellen Verhaltens auf der einen Seite und der wissenschaftlichen Fundierung praktischer Tätigkeit blieb.

Zweitens achteten SED-Führung und staatliche Obrigkeit darauf, dass politische Grundpositionen nicht verletzt und die politische Macht nicht in Frage gestellt wurde. Der Vorwurf der Staatsfeindlichkeit führte zu Restriktionen und Repressionen. Die auf die Planung in diesem Sinn sich auswirkende politische Situation war nicht einfach. Embargo-Bestimmungen kapitalistischer Länder bremsten die Geräteentwicklung der AdW. Eine Hetzkampagne gegen den Sozialismus durch westliche Medien fand Gegner und Unterstützer. Mancher Reformler traf auf Reformunwilligkeit und resignierte. Zugleich entwickelte sich der Stolz auf das aus eigener Kraft Geschaffene bei denen, die nun als akademischer Nachwuchs

Verantwortung übernehmen. Repressionen und Restriktionen wurden dann von denen mitgetragen, wenn sie als Angriff auf die in der DDR entstandene antikapitalistische Alternative in Deutschland gesehen wurden. Sicher spielten Angst und Opportunismus eine Rolle. Die DDR mit ihren Vor- und Nachteilen und die AdW wurden mit Billigung, Beifall und aktiver Teilnahme von Kritikern aus der AdW beseitigt.

Drittens: Wie überall gab es, wie Hofmann bemerkte, „Wunschvorstellungen meist anonym hoher Funktionsträger“, die im Ausland Neuigkeiten kennenlernten, deren Realisierung, im Staatsplan gefordert, unrealistisch war. „Erhebliche Unruhe stiftete das permanente pauschale Verlangen nach international vergleichbaren Spitzenleistungen, ohne das dafür die personellen, materiellen noch sonstigen Bedingungen sichergestellt werden konnten.“

(Hartung, Scheler, S. 68) Es gab staatliche Aktionen, wie Energie- und Materialökonomie, Importablösung u.a., auf die sich die AdW mit ihren Partnern einstellen musste. Diskussionen um die Abschaffung wichtiger Forschungsrichtungen fanden statt.

Ist damit die Verbindung von gesellschaftlicher und institutioneller Planung, verbunden mit Eigeninitiative, generell abzulehnen? Könnte sie unter marktwirtschaftlichen Konditionen funktionieren? Antworten verlangen die Analyse gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Wie weit sind Abstimmungen zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategien in einer auf Konkurrenz orientierten Gesellschaft möglich? Geheimhaltung und Wirtschaftsspionage kann in einer marktwirtschaftlichen Ordnung wichtige Wettbewerbsvorteile bringen, die sich auf den Profit auswirken, der eigentlicher Maßstab für Leistungsfähigkeit ist. Sinnvolle, weil die Lebensqualität fördernde materielle und kulturelle, Bedürfnisse zu befriedigen, ist für eine Marketing-Strategie einer Einrichtung nur dann wichtig, wenn der Gewinn sprudelt. Bringen ausgefallene Bedürfnisse mehr Geld, dann stehen sie über den anderen. Wie ist das mit der Zielstellung zu vereinbaren, Wissenschaft diene dem Volk? Sie dient doch vor allem den Mächtigen und Reichen, wenn der Markt allein bestimmt.

### **8. Verbindung von akademischer und außerakademischer Forschung**

Scheler bemerkte über die AdW: „Die Kooperation mit der Industrie zeitigte ihre Erfolge, wobei die Überleitung von Laborergebnissen in die industrielle Forschung und Entwicklung stets ein kritisches Element blieb. In den Kombinat und Betrieben hatte die Erfüllung der Produktionsauflagen Vorrang vor risikobehafteten Innovationen.“ (Hartung, Scheler, S. 45) Oft ging es um die technischen Kapazitäten, die den Instituten fehlten. Hofmann nannte als gravierendes Problem, das seit den 70er Jahren immer wieder artikuliert und keiner Lösung zugeführt werden konnte, „die unzureichende Ausstattung mit Maschinen, Anlagen, Ausrüstungen, Geräten, Rechentechnik, Bauelementen, Bio-, Labor- und Feinchemikalien und anderes mehr“. Eine Einzelfertigung in der Industrie wäre kaum noch möglich gewesen. Mit der Bildung von großen Kombinat sei die Flexibilität kleiner Firmen verloren gegangen. Zwar konnten durch die an Parteiführung und Regierung herangetragenen Einschätzungen „Teilfortschritte“ erreicht werden. Doch: „Im Jahre 1988 musste eingeschätzt werden, dass ohne eine spürbare Verbesserung dieser Bedingungen, die internationale Stellung der Grundlagenforschung in der DDR nicht zu halten ist.“ So kam es auf Drängen der AdW Mitte 1988 zur Bereitstellung von zusätzlichen 10 Millionen Valuta-Mark. Das half einige Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Hofmann verwies auf die Leistungen der Angehörigen der AdW in solchen Mangelsituationen: „Es bedeutete, mehr Findigkeit und Zeit aufzubringen, um zu gleichen Ergebnissen zu gelangen, wie in materiell, methodisch und kommunikativ besser gestellten analogen Einrichtungen.“ (Hartung, Scheler, S. 73f.)

Solche Probleme beschäftigten auch Gewerkschaftsversammlungen, in denen es darum ging, kreative Potenzen für die Aufgabenlösung aufzudecken und die Kluft zwischen den Forschern, Entwicklern und Produzenten so weit wie möglich durch Initiativen von unten zu schließen, um entsprechende Problemlösungen zu unterstützen. So organisierte auch an der AdW die Gewerkschaft eine umfassende Wettbewerbsbewegung. Dabei gab es den Vorschlag, Technik und Konstruktionskapazität durch die Industrie der AdW zur Verfügung

zu stellen, um die Einführung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Produkte in die Wirtschaft zu erleichtern. Gemeinsame Planvorhaben von Industrie und AdW sollten durch gemeinsame Wettbewerbsaufgaben für ihre Lösung ergänzt werden. Auf einer Gewerkschaftskonferenz stellte ich dazu fest, dass dieser komplexe Wettbewerb auf den im Plan enthaltenen gemeinsamen Aufgaben aufbauen muss, denn: „Kein Wettbewerb kann Mängel in der anspruchsvollen Aufgabenstellung des Planes beseitigen und auch der Komplexwettbewerb muß bilanziert werden.“ Zur Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Produktion bemerkte ich: „Die Überleitung ist sicher keine Durststrecke zwischen zwei Oasen, wobei der Streit darum geht, wer sie zurücklegt oder wer in seiner Oase verbleiben darf. Ich will mit diesem Bild nicht darauf anspielen, daß das Kamel gesucht wird, das zwischen den Oasen marschieren soll. Über diese Phase sind wir hinweg. Wir wissen, daß es notwendig ist, zu arbeiten, aber wir wissen noch nicht genau, wie dieser Weg zurückgelegt werden soll.“ (Hörz 1980, S. 71)

Ein wichtiger Schritt bei der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft war schon die Bildung von AIK, die den Prozess der Überleitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Produktion erleichtern sollten. So wurde 1976 die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Wirkstoffforschung der AdW (IWF), das aus dem Zentralinstitut für Molekularbiologie ausgegliedert wurde, und dem Institut für Pharmakologische Forschung als Einrichtung der Industrieforschung im AIK „Arzneimittelforschung“ vereinbart. Peter Oehme, Gründungsdirektor des IWF, war sich mit seinem Partner einig, dass „die Arbeitsteilung zwischen Akademiegrundlagenforschung und Industrieforschung beibehalten werden“ soll. „Das ADW-Institut hat die Aufgabe eines Ideengenerators und das Industrieinstitut die Verantwortung für die anschließenden Schritte.“ (Oehme, S. 72) Der AIK hatte Erfolge und Probleme. Als Erfolg ist eine international beachtete Neuentwicklung zu sehen. Das Problem lag an anderer Stelle. In der DDR ging in die Preisberechnung „Materialeinsatz und Arbeitsaufwand“ ein. „Je mehr Material und Arbeitszeit benötigt wird, desto höher ist der Preis und umso größer der Nutzen für die überführte Leistung. Für das IWF, welches auf Vorlauf für hochwirksame Arzneimittel orientiert ist, die einen äußerst geringen Materialeinsatz zu ihrer Herstellung erfordern, eine Art negativer feed-back“ (Oehme, S. 105) Die hohe Bewertung des Materialeinsatzes bei der staatlichen Planerfüllung widersprach sowohl den Bedingungen der DDR, die auf die sparsame Verwendung der Ressourcen angewiesen war, als auch dem Bestreben des AIK neue hochwirksame Produkte zu liefern. So konnte eine Planungsmethode zum Hemmnis für Innovationen werden. Es geht also nicht um eine „notorische Innovationsschwäche der Zentralwirtschaft“, sondern um eine Berechnung des Nutzens, die gerade den zentralen Vorgaben widersprach. Methodische Fehler sind nicht unbedingt Systemfehler. Die positiven Leistungen aus der Zusammenarbeit zwischen AdW und Industrie, wozu an anderer Stelle Beispiele genannt werden, sollten nicht ignoriert werden. (Hörz 2008)

### **9. Internationale Aktivitäten und Anerkennung**

Ein entscheidender Punkt für die Reputation der AdW war die internationale Zusammenarbeit mit anderen Akademien und nationalen Forschungsräten. Scheler stellte dazu fest: „Diese Beziehungen fanden ihren Niederschlag in offiziellen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit. Hinzu kamen Kooperationsbeziehungen im Rahmen wissenschaftlicher Vorhaben der UNO, der UNESCO, der WHO, der IAEA, des RGW und anderer Institutionen, an deren Realisierung die Akademie mitwirkte. Gleiches betraf die Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen im Rahmen von Wissenschafts- und Technikabkommen der DDR-Regierung. Zum Teil nahm die Akademie in diesen Abkommen staatliche Leitfunktionen wahr.“ (Scheler, S. 24) Eines der gravierenden Probleme der AdW war, wie Hofmann bemerkte: „Die unzureichende Möglichkeit für alle Wissenschaftler, ihre Ergebnisse international zu präsentieren, sich der Kritik der internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit zu stellen, an wissenschaftlichen Diskussionen und am Wissenschaftleraustausch teilzuhaben und

Maßstäbe zu gewinnen.“ (Hartung, Scheler, S. 73f.)

Vor der Anerkennung der DDR als Mitglied der UNO 1973 war es schwer, solche Kontakte zu knüpfen. So konstatierte das Auswärtige Amt der BRD, wie in einer Analyse festgestellt wird (Niederhut, S. 175ff.), dass eine eigenständige Vertretung der DDR in internationalen Organisationen „nicht nur im Widerspruch zu den Interessen der Bundesrepublik stünde, sondern auch zu denen der ostdeutschen Wissenschaftler, die in separaten DDR-Delegationen in höherem Maße der Parteidirektive unterliegen.“ Es sei vorzuziehen, wenn allein bundesdeutsche Wissenschaftler Deutschland vertreten. „Deutlich lässt sich ablesen, dass im Auswärtigen Amt das Primat der Außenpolitik gegenüber wissenschaftspolitischen Erwägungen fraglos gegeben war. Die westdeutschen Diplomaten zeigten zwar Verständnis für die Belange der Wissenschaftler – nämlich wissenschaftliche Zusammenarbeit international auch mit Kollegen aus der DDR – bemühten sich aber dennoch, diese auf eine einheitliche Linie im Sinne des Amtes festzulegen.“ Das wird in der Analyse u.a. mit dem Bestreben der AdW belegt, Mitglied des „International Council of Scientific Unions“ (ICSU) zu werden. 1958 nahm das ICSU eine „Resolution zur politischen Nicht-Diskriminierung“ an. Auf dieser Grundlage bemühte sich die DAW 1960 um ihre Aufnahme. Das Auswärtige Amt der BRD startete vielfache Störmanöver. Funktionäre des ICSU sollten durch Wissenschaftler der BRD in seinem politischen Sinn beeinflusst werden. Vor scharfer Kritik an eigenen Delegationen schreckte man nicht zurück, wenn sie dem internationalen Druck zur Anerkennung der DDR-Delegationen zu schnell nachgegeben hätten. So kam es zu unterschiedlichen Reaktionen. Manche Internationale Gesellschaft beugte sich dem Druck aus der BRD nicht. „Offenkundig tendierte eine Reihe bundesdeutscher Wissenschaftler dazu, den Prinzipien der internationalen Community größeres Gewicht beizumessen, als der Bonner Nichtanerkennungspolitik.“ Nach der Zustimmung des Exekutivkomitees des ICSU 1960 in Lissabon zu dem Antrag der DAW gab es weitere Interventionen von wissenschaftlichen Einrichtungen der BRD, wie der DFG, und von Botschaftern der BRD in verschiedenen Ländern bei ICSU-Funktionären. Doch die Generalversammlung in London stimmte 1961 dem Antrag der DAW auf Aufnahme zu. Es zeigte sich, „dass die Übermacht der Vertreter westlicher Staaten in den wissenschaftlichen Gremien keineswegs eine Garantie dafür abgab, dass Entscheidungen im Sinne der Bundesrepublik fielen.“

Nach 1973 entfielen generelle Störungen erst einmal. Delegationen der DDR nahmen gleichberechtigt an den Tagungen der internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften teil. Die Politik der BRD gegenüber der DDR war gescheitert. Doch nun lebt sie in neuen Formen der Diskriminierung von DDR-Wissenschaft wieder auf.

Claus Grote, als Generalsekretär der AdW verantwortlich für internationale Beziehungen, machte in seinem Diskussionsbeitrag auf der Jahrestagung der Leibniz-Sozietät 2010 auf bestimmte Aspekte in den internationalen Kontakten der AdW aufmerksam. So ging es um bedeutende internationale Kongresse, über die erst nach einem Beschluss des Sekretariats des ZK der SED eine verbindliche Bewerbung bei der jeweiligen internationalen Gesellschaft eingereicht wurde. Der Akademie unterstanden nach dem Statut die Nationalkomitees für die Wahrnehmung der Mitgliedschaft in internationalen wissenschaftlichen Unionen und die internationalen Aktivitäten der der Akademie zugeordneten wissenschaftlichen Gesellschaften. Die Durchführung von Studienreisen erfolgte im Rahmen der Valutagrenzen der Akademie oder bei Vorhandensein von Abkommen mit ausländischen Instituten auf valutafreier Basis in eigener Verantwortung der Akademie. Als ein Beispiel nannte er die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses der Internationalen Psychologischen Union (IUPS) 1980 in Leipzig. Seit 1972 bemühte sich Friedhart Klix um die Aufnahme der DDR in die Union. Der Kongress war ein Erfolg. Klix wurde als Vorsitzender gewählt und verstärkte in den folgenden Jahren die Präsenz von Vertretern der sozialistischen Länder im ICSU, da die IUPS 1980 in das ICSU, das ursprünglich nur für Naturwissenschaften offen war, als wissenschaftliches Mitglied aufgenommen wurde. (Grote) Internationale Kongresse in der

DDR gaben auch denen die Möglichkeit, die keine „Reisekader“ waren, sich mit dem Weltwissen vertraut zu machen. Sicher reichte das nicht aus. Doch selbst diese Möglichkeiten verschenkten manche.

### **10. Konsequenzen: Institutionalisierung von Interdisziplinarität**

Dieter Simon, lange Zeit Präsident der BBAW, nannte verschiedene Funktionen einer Wissenschaftsakademie. Er bejahte die Gelehrtenengesellschaft als Club von Geehrten. Für die Forschung sieht er Probleme im Alter, im Forschungssitz außerhalb der Akademie und in der Motivation, die auch vom Geld abhängt. Geleistet werden könne jedoch Forschungsaufsicht. Die erforderliche Wissenschaftsrepräsentanz komme einer nationalen Akademie zu. Eine Akademie als Korporation könne keine Politikberatung durchführen, doch sie sei „für die Hygiene der Wissenschaft“, „für zentrale transdisziplinäre Fragen“ und für „Elitenförderung“ zuständig und sie sei ein „Forum zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit“. (Kocka, S. 353f.) Der Wissenschaftshistoriker Michael Ash rechnete zu den „Dilemmata“ „das Verhältnis von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsakademie“. Sie seien bisher „eine nicht immer ganz angenehme Synthese eingegangen“, es sei mehr ein „Nebeneinander“ gewesen. Man könne zwar die Langzeitvorhaben der Akademie woanders verwalten, doch damit würde eine Tradition aufgegeben. „Kann eine Akademie“, so Ash, „auf Tradition verzichten, ohne die Legitimität, die sie zur Beteiligung an der wissenschaftspolitischen Diskussion der Gegenwart berechtigt, einzubüßen?“ (Kocka, S. 355)

Ist eine Akademie nur Traditionspflege, wenn sie Forschungen betreibt, oder soll sie auf Forschung verzichten? Es gilt dazu sowohl die Erfahrungen der AdW als Staatsakademie als auch der Leibniz-Sozietät als politisch unabhängiger und wissenschaftlich autonomer internationaler und interdisziplinärer Vereinigung von kompetenten Gelehrten auszuwerten. Restriktionen und Repressionen der Staatsakademie fallen weg. Mit ihrer Beseitigung ist jedoch die Einheit von Akademie und Forschungsinstituten nicht erledigt. Wird sie auf Geisteswissenschaften eingeschränkt, wie in den Länderakademien der BRD, oder nur als Gelehrtenengesellschaft mit nationalem Anspruch ohne ausgebaute eigene Forschungsbasis, wie in der Leopoldina, werden Potenzen vergeben. Ein Mittelweg wäre denkbar, wenn man eine Wissenschaftsakademie als Denkfabrik zur Bewertung des Erreichten und zur Generierung neuer Ideen mit Forschungseinrichtungen zur Lösung komplexer Aufgaben verbindet, die wissenschaftlich autonom, doch staatlich finanziert, sich drängenden Menschheitsproblemen zuwenden könnte, um Welträtsel teilweise einer Lösung näher zu bringen.

Was ergibt sich aus den Erfahrungen der Leibniz-Sozietät, die nicht zu den hochdotierten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gehört? Sie hat keine Forschungsinstitute. Dafür sind mit ihrem Beispiel bestimmte Vorzüge einer Wissenschaftsakademie zu belegen:

Wissenschaftliche Autonomie, Unabhängigkeit von staatlichen und anderen institutionellen Vorgaben, interdisziplinäre und internationale Zusammensetzung, Erfahrungen in der Organisation von institutionalisierten interdisziplinären Vorhaben. **Wissenschaftliche Autonomie** ermöglicht es, Auffassungen frei von institutionellen Vorgaben, ohne Erfolgswang, erkenntnis- und nicht in erster Linie produktorientiert, und keiner Geheimhaltungspflicht unterworfen, zu erarbeiten. Das gilt für Stellungnahmen zur Bildung, zur Energieproblematik, zur Verantwortung der Wissenschaft u.a. Dabei kann es nicht um kollektive Positionsbildung im Sinne eines Kompromisses gehen, der von allen Mitgliedern unterschrieben werden könnte, weil sie mit allen Auffassungen einverstanden sind, sondern um die kompetente Darstellung von Problemen und Lösungsvorschlägen, die den Reformstau auf dem entsprechenden Gebiet auflösen könnten. **Unabhängigkeit von staatlichen Einflüssen und von Vorgaben** fördert eine vorurteilsfreie unbestechliche Meinungsbildung zu aktuellen Fragen der Wissenschaft, wobei Erfahrungen der Mitglieder aus den verschiedenen Disziplinen und Praxisbereichen wichtig sind. Die **internationale und interdisziplinäre Zusammensetzung** der Mitglieder und die **Pluralität von Weltauffassungen**, nur den Rationalitätskriterien der Wissenschaft verpflichtet zu sein,

ermöglicht es, neue Ideen zu kreieren, Forschungsrichtungen zu initiieren und kritisch zu begleiten, Erkenntniskritik zu üben und Fehlentwicklungen anzuprangern. Es werden keine partikularen Landesinteressen vertreten. Die Scheuklappen bornierter Fachidiotie sind abgelegt. Mit Argumenten geht es gegen antiwissenschaftliche und wissenschaftsfremde Auffassungen in der geistig-kulturellen Auseinandersetzung. Es ist möglich, die Vielfalt der Auffassungen für kreative Lösungen anstehender Probleme zu nutzen.

Wird eine Wissenschaftsakademie allein auf hervorragende Facharbeit reduziert, dann werden die **interdisziplinären Kompetenzen** und die Potenzen der Wissenschaftsphilosophie und -geschichte, die im Transdisziplinären, in der Behandlung übergreifender Themen, bestehen, zu wenig genutzt. Die interdisziplinäre Arbeit der Sozietät fördert die Kreativität, weil das Schauen über den Gartenzaun des eigenen Fachs neue Anregungen gibt. Ideen werden dadurch generiert. Nur so können komplexe Probleme angegangen werden. Geistige Potenzen können besser genutzt und koordiniert werden, wenn finanzielle Unterstützung für Projekte durch Geldgeber und Spender erfolgt. Eine interdisziplinär wirkende Wissenschaftsakademie ist nur erfolgreich, wenn niveauvolle Forschungsergebnisse beteiligter Disziplinen eingehen. Dabei hat der zu gehende Weg von der Inter-, über die Multi- bis zur Transdisziplinarität Barrieren, zu denen neben der fehlenden Motivation oft die Angst gehört, das vertraute Gebiet zu verlassen und sich der Kritik auszusetzen, kein Fachmann zur Beantwortung komplexer Fragen zu sein. Solche Schranken sind zu überwinden. Kompetenzerweiterung von Spezialisten ist das Ergebnis.

Als **Fazit** für die Institutionalisierung von Interdisziplinarität in einer Wissenschaftsakademie ist festzuhalten:

- (1) Wissenschaftsakademien als Vereinigung hervorragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind auch in der Gegenwart wichtige Stätten der Wissensgenerierung, der Information über neue Entwicklungen in der Wissenschaft und deren Bewertung. Das gilt unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen. Sie haben mit ihrem interdisziplinären Wissenschaftspotenzial Möglichkeiten, der wachsenden Komplexität von Aufgaben und Entscheidungssituationen durch heuristische Ideen, Initiativen und kritische Analysen gerecht zu werden, um das sinnvoll zu ergänzen, was in spezialisierten Wissenschaftseinrichtungen erarbeitet wird. Zugleich können sie ihnen Impulse vermitteln, in neue Richtungen zu denken.
- (2) Die Institution Wissenschaftsakademie kann mit disziplinorientierten Klassen und problemorientierten Forschungsgruppen Initialforschung zu solchen wissenschaftlich interessanten und gesellschaftlich relevanten Problemkomplexen wie Energie, Gesundheit, Umwelt, Demokratie, Kultur u.a. leisten, wenn sie entsprechend personell und materiell ausgestattet ist, wissenschaftlich autonom wirkt und sich den wissenschaftlichen Moden ebenso verweigert, wie den politischen Einflüssen, sondern nur der Wahrheitsuche nach wissenschaftlichen Rationalitätskriterien und humanen Zielstellungen verpflichtet ist. Dem widersprechen antihumane Machtkonstellationen, Profitinteressen und Konkurrenzdenken.
- (3) Ihre kreative Kraft kann diese Wissenschaftsinstitution dann entfalten, wenn die soziale Zielstellung der Gesellschaft sich an Humankriterien orientiert, um mit einem Gesamtwillen nach einem Gesamtplan das Gesamtziel anzustreben, Freiheitsgewinn für alle Glieder der Gesellschaft zu erreichen. Dann wird Wettbewerb statt Konkurrenz, Erhöhung der Lebensqualität aller, statt Maximalprofit für wenige Menschen, die Entwicklung von Technologien als humaner Gestaltungsmittel der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt und des menschlichen Verhaltens auf der Grundlage neuer Erkenntnisse Zielstellung des Forschens in der Einheit von Gelehrtengesellschaft und kleinem, doch kreativem und als Ideengenerator und Initialzündung für weitere Vorhaben wirksamem Forschungsverbund sein. Dazu wären in der Gesellschaftsstrategie Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategien aufeinander abzustimmen.
- (4) In der Institution Wissenschaftsakademie könnte so das von Francis Bacon (1561 - 1626) beschriebene Haus Salomon Wirklichkeit werden. In der Utopie "New Atlantis" kommen

Reisende auf eine Insel, auf der es, mit humanen sozialen Zuständen gekoppelt, das Haus Salomon als eine unabhängige, von der Gesellschaft geförderte wissenschaftliche Einrichtung gibt. (Bacon) Die Utopie von Bacon, mit dem Haus Salomon eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zu schaffen, die voll der Erkenntnis verpflichtet ist, bedarf unter den neuen Bedingungen der Präzisierung. Einerseits darf die Kritik an destruktiven Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht dazu führen, wissenschaftliche Forschung personell, finanziell und thematisch einzuschränken. Andererseits sollten Forschungs- und Bildungseinrichtungen selbst ihre Verantwortung für eine kreative und effektivere Arbeit erhöhen. Wissenschaft hat soziale Funktionen zu erfüllen, indem sie praktikables Wissen für die humanere und effektivere Gestaltung der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen zur Verfügung stellt, Kulturgüter bewahrt und erweitert, neue Generationen von Wissenschaftlern heranbildet, Allgemeinwissen vermittelt und neben der Erforschung von Ursachen auch die möglichen Folgen bedenkt, um so zur moralischen Instanz zu werden. (Hörz 2009, S. 289ff.) Das Haus Salomon gibt es bisher nicht. Als Vision sollte es auf die wesentlichen Züge einer durch die Allgemeinheit ausreichend geförderten Forschungseinrichtung, die Wissenserwerb betreiben kann, ohne durch kurzfristige Interessen behindert zu werden, begrenzt werden. Eine Wissenschaftsakademie sui generis könnte sie verwirklichen.

#### **Literatur:**

- Bacon, Francis (1969), *The Advancement of Learning and New Atlantis*, Oxford: Oxford University Press
- Banse, Gerhard, Fleischer, Lutz-Günther (Hrsg.) (2011), *Wissenschaft im Kontext. Inter- und Transdisziplinarität in Theorie und Praxis*, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 28, Berlin: trafo Wissenschaftsverlag
- Fratzcher, Wolfgang (2008), *Zum Technologieverständnis in der Akademie der Wissenschaften der DDR-Abhebungen aus dem Bereich der chemischen Technologie*. In: *Sitzungsberichte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*, Band 99 (2008), S. 283 -294
- Grau, Conrad (1993), *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Heidelberg, Berlin, New York: Spektrum Akademischer Verlag GmbH
- Hartkopf, Werner, Wangermann, Gert (1991), *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990*. Heidelberg, Berlin, New York: Spektrum Akademischer Verlag GmbH
- Hartung, Wolfdietrich, Scheler, Werner (Hrsg.) (2001), *Die Berliner Akademie nach 1945. Zeitzeugen berichten*. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 6, Berlin: trafo Verlag
- Heikenroth, Heinz (2006), *Die Berliner Akademie der Wissenschaften und ihre Auszeichnungen 1946 - 2006. Die Auszeichnungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin/Akademie der Wissenschaften der DDR und der ihr zugeordneten Wissenschaftlichen Gesellschaften 1946 - 1992 sowie der Leibniz-Sozietät*. Berlin (Stand 2006): Münzgalerie Frankfurter Allee
- Hörz, Herbert (1980), *Weitere Vertiefung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit*, in: 17. Delegiertenkonferenz Berlin des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) am 9.2.1980, Konferenzmaterial, Berlin: FDGB- Bezirksvorstand (gewerkschaftinternes Material), S. 68 - 73
- Hörz, Herbert (1986), *Philosophie und Ökologie*. Sitzungsberichte der AdW, 5 N Berlin: Akademie-Verlag
- Hörz, Herbert (1993), *Selbstorganisation sozialer Systeme. Ein Modell zum Freiheitsgewinn der Persönlichkeit*. Münster: LIT-Verlag
- Hörz, Herbert (2000), *300 Jahre Leibnizische Gelehrtensozietät in Berlin*. Bericht des Präsidenten zum Leibniz-Tag 2000, Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 37, Heft 2, S. 129ff.
- Hörz, Herbert (2005), *Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR*. Berlin: trafo Verlag

- Hörz, Herbert (2007), Philosophie und Ökologie – Erfahrungen eines Beteiligten. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.): Umweltschutz in der DDR. Bd. 1: Politische und umweltrechtliche Rahmenbedingungen. München, S. 153-190
- Hörz, Herbert (2008), Zum Technologieverständnis in der Akademie der Wissenschaften der DDR-Erfahrungen eines Wissenschaftsphilosophen. In: Sitzungsberichte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 99 (2008), S. 259 – 282
- Hörz, Herbert (2009), Materialistische Dialektik. Aktuelles Denkinstrument zur Zukunftsgestaltung. Berlin: trafo Verlag
- Hörz, Herbert (2010), Sind Kriege gesetzmäßig? Standpunkte, Hoffnungen, Handlungsorientierungen. Berlin: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V.
- Klinkmann, Horst; Wöltge, Herbert (Hrsg.) (1999), 1992 – Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992 (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät Bd.2), Berlin: trafo Verlag
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) (2002), Die Berliner Akademie der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945 – 1990, hrsg. v. Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzold und Peter Th. Walter. Berlin: Akademie Verlag GmbH
- König, Wolfgang (2004), Utilität, Zweckfreiheit und disziplinäre Entgrenzung – Wissenschaftsakademien und Technikwissenschaften von den Anfängen bis zur Gegenwart. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 75 (2004), S. 183 - 2002
- Laitko, Hubert (2002), Vorsichtige Annäherung: Akademisches vis-à-vis im Vorwendeberlin. Vom Verfasser zur Verfügung gestelltes Manuskript von 35 Computerseiten, teilweise abgedruckt in Kocka, S. 309 – 338
- Niederhut, Jens (2007), Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg: die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln, Weimar: Böhlau Verlag
- Nötzold, Peter: „Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46“, in: Eckart Henning (Hrsg.): Dahlemer Archivgespräche Bd.1, Berlin 1996, S. 115-130.
- Oehme, Peter (2006), Fünf Jahrzehnte Forschung und Lehre in der Pharmakologie. Erlebtes und Gelebtes in der Wissenschaft. Berlin: trafo Verlag
- Peters, Jan (2011), Menschen und Möglichkeiten. Ein Historikerleben in der DDR und anderen Traumländern. Stuttgart: Franz Steiner Verlag
- Problemrat (2010), Problemrat Philosophie-Wissenschaften. Erfahrungen bei der Koordinierung wissenschaftsphilosophischer Forschung in der DDR. (im Druck)
- Scheel, Heinrich, Lange, Werner (Hrsg.) (1983), Zur Bedeutung der Information für Individuum und Gesellschaft. Berichtsband. Berlin: AdW der DDR
- Scheler, Werner (2000), Von der deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie. Berlin: Karl Dietz Verlag